

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)
Hauptkassierer: Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind
und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. —
Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Petitzelle. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh
in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Telephon: Nr. 4102.

Nr. 25. Auflage 88 000 Chemnitz, Freitag den 22. Juni 1906. Auflage 88 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Webern und Weberinnen in Cuxsteden (Schiffmann & Kleinert), in Rheydt, Textilarbeitern und Arbeiterinnen überhaupt in Bramsche, Colmar, Rotbus, Sommerfeld, Forst, Guben, Weiskau, Peitz, Spremberg, Sorau, Finsterwalde, Seifersdorf, Osabrill, Samersky, Jittau, Gummiwandwebern in Wien, Samtwebern in M. Gladbach (Gehr. Höhermann), Spinnereiarbeitern in Oberschöenberg i. Sa. (Hermann Wäniges Erben), Posamentierern in Elberfeld-Barmen, Offenbach a. M., Jutespinnern und Webern in Weida, Budapest, Färbereiarbeitern in Berlin (Mieshoff), Elberfeld, Rheydt, Webern, Spinnern, Spulerrinnen u. in Rheine, Langenbielau (Einpenner), Waltersdorf b. Großschönau (Lange), Trikotwebern in Münden (Höfner & Lewi), Tuchpressern in Nachen, Baumwollspinnern, Baumwollwebern und Weberinnen in Aöln a. Rh. (Baumwollspinnerei und Weberei), Hannover (Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei), in Angsburg (Fischelbach), Spinnern und Anlegern in M. Gladbach (Rammgarnspinnerei), Tuchwebern in Schwab b. Erding, Teppichwebern und Druckerinnen in Hof in Bayern (Bareuther & Co.), Flachspinnern in Sudan, Bez. Niegitz. — die Firma C. Arall (Friedländer Bleichanstalt) behauptet, daß bei ihr keine Differenzen bestehen.

An die Ortsverwaltungen!
Da unser Kassierer Kollege Treue noch krank ist, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, alle für den Verband bestimmten Gelder an Otto Jehms, Berlin O 27, Andreasstr. 61, l. r., zu senden.
Für den Verbandsvorstand.
C. Hübsch.

An die Auszahler der Reiseunterstützung.
Am 30. Mai erschien bei dem Bevollmächtigten der Filiale Freystadt eine Person mit einem österreichischen Mitgliedsbuch auf den Namen Franz Scholz, österreichische Stammnummer 27862, und erhielt 4 Mark Reiseunterstützung sowie eine neue Reiselegitimation. Nach einigen Tagen meldete sich der rechtmäßige Eigentümer des Buches und beschwerte sich, daß er nur 1 Mark Reisegeld erhalten habe. Scholz hatte in seiner Dummheit eine andere Person mit der Erhebung des Reisegeldes beauftragt und ist diese mit dem 3 Mark und dem Buch nebst Reiselegitimation verschwunden. Der Name des Nachfolgers soll Mitsch oder Mitsch sein. In seiner Begleitung soll sich die Weberin Sophie Geier befinden. Sollten mit dem Buch weitere Unterstützungsschwundersuchen versucht werden, so ist das Buch einzuziehen und an den Vorstand zu senden.
Für den Vorstand: C. Hübsch.

Das Staatsinteresse bei Arbeitskämpfen.
Unter dieser vielversprechenden Spitzmarke gibt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nummer 23 einen Leitartikel, in dem zwar höchst vorsichtig und in maßvoller Sprache, aber doch immer noch deutlich genug das Koalitionsrecht angegriffen wird, das im Interesse des Staates und der Staatsbürger unbedingt eine Einschränkung erfahren müsse. Zwar bemüht sich der Verfasser scheinbar, auch den Arbeiterforderungen gerecht zu werden, indem er die Arbeiter wie auch die Unternehmer als Staatsbürger vor zu weitgehender, beide Teile schädigender Machtentfaltung in Schutz zu nehmen vorgibt — denn er läßt durchblicken, daß auch die Kapitalanhäufung und Machtentfaltung auf Unternehmenseite dem Staatsinteresse und dem seiner Bürger nicht immer dient — doch tut er das bloß, um nach jeder gemächlichen Wendung gegen die Unternehmer sich umso schroffer gegen die Arbeiter und ihre Koalition zu wenden. Bei dieser abwechselnden Rechts- und Linkschwenkung macht er stets längere Halt als rechts, er läßt die Kapitalmacht, als wollte er ihr sagen: Höre, ein klein wenig Zugänglichkeit mehr würde dir nicht übel anstehen, er tragt aber die koalierte Arbeitermacht in verhältnißmäßig ruhiger Haltung ins Gesicht, als wollte er ihr sagen: Du Vermaledeiten muß der Garas gemacht werden, und das wird nur geschehen, wenn der Staat sich seiner Pflicht erinnert und dir keine Rechte arg beschränkt.
Zum Beweise dafür, wie nötig das wäre und daß dies auch im Interesse der Arbeiter läge, rückt er eine Geschichte auf, die sich vor einigen Jahren in einer mitteldeutschen Stadt zugegetragen haben soll. Die Industrie derselben bestand aus einem einzigen, sehr bedeutenden Fabrikanten, das mehrere Hundert Arbeiter beschäftigte. (Die natürlich wieder den Fabrikanten erzählten, was der Verfasser hinzuzusetzen vergaß.) Der Besitzer war seinen Arbeiter ein Vater. (Wie üblich!) Als sie aber, von Agitatoren ausgeht, gelegentlich des Streiks einer Nachbarsfabrik die Arbeit niederlegten (hörte er auf, ihnen ein Va-

ter zu sein), schloß er, von ihrem Ubdant aufs schwerste betroffen, die Fabrik und war durch nichts zu bewegen, den Betrieb wieder aufzunehmen. Sein großer Reichtum (den die Arbeiter „finder“ ihrem Ausbeuter „vater“ erarbeitet hatten), erlaubte ihm das. Ebenjowenig aber verkaufte er seine Establishments. (Vermutlich wollte er sie als Wahrzeichen moderner Ausbeutung und als Ruinen von Zwingsburgen neuzeitlicher Art der Nachwelt überliefern.)
Die Arbeiter, die vergebens um Wiederaufnahme des Betriebes unter jeder ihm genehmen Bedingung gebeten hatten, mußten auswandern. Die Frauen fielen vereinzelt der Armenpflege zur Last. Die Fabrik und, infolge des Wegzuges mehrerer hundert Arbeiter, auch das Städtchen, lag verödet da. Und der Leidtragende in letzter Linie war der kleine mitteldeutsche Bundesstaat, der um eine blühende Industrie und einen fühlbaren Teil seiner Bevölkerung ärmer geworden war. Aber was hätte er tun können? So wie die Sache lag, hätte eine Vermittlung nichts genügt.
So! Dann wäre es wohl richtiger, Instanzen zu schaffen, deren Vermittlung kein reicher Fabrikant zurückweisen darf.
„Die Haltung des Fabrikanten mag von manchem getadelt werden; aber sie war ledigst zurückzuführen auf den unberechtigten Streik seiner Arbeiter. Man hat es nun damals in den interessierten Kreisen sehr bedauert, daß es keine Möglichkeit für den Staat gab, durch ein Machtwort den Konsequenzen dieses Vorkommnisses vorzubeugen, wie so oft schon, versagte auch hier die formale Kraft des Rechts gegenüber dem Phänomen einer neuen, von der Gesetzgebung nicht vorgesehenen wirtschaftlichen Einzelercheinung. Ohnmächtig mußte der Staat beiseite stehen und zusehen, wie durch den Austrag privater Machtkämpfe das Staatsinteresse geschädigt wurde.“
Wenn die Haltung des Fabrikanten zu tabeln war, war der Streik gewiß nicht unberechtigt; es handelte sich hier gewiß um einen Solidaritätsstreik.
„Das sind Folgeerscheinungen“, fährt der Artikel fort, „die mangels eines Ahnungsvermögens für die wirtschaftliche Entwicklung niemand von denen voraussehen konnte, die dem heutigen Geschlechte die vollkommene Emanzipation persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit von der Bevormundung des Staates erkämpften. Und doch wird ein jeder, der über seinen eigenen Vorteil hinaus als Staatsbürger noch Sinn für das Gemeinwohl hat, erkennen, daß hier der Anfang zu Problemen liegt, die am letzten Ende hinauslaufen auf eine Rückwärtsrevolte über eiliger Entscheidung. Nicht ein Zurückfall in frühere Zeiten soll damit angedeutet sein, sondern ein Fortschritt späteren Lebens, der sich nur möglicherweise in der Beschäftigung aller Rechte betätigen könnte. Und in diesem staatsrechtlichen Zusammenhang allein entsteht die Frage, die man sich damals in Mitteldeutschland vorlegen mußte, ob nicht in Fällen, wo infolge des Austrags von Machtkämpfen zwischen Privatpersonen das Interesse des Staates vital verletzt wird, ein Interventionsrecht des Staates eine wünschenswerte Beschränkung schädlicher Freiheitsbetätigung des einzelnen darstellen würde.“
Der Verfasser kommt nun auf zwei Arten privater Machtkämpfe zu sprechen: die eine, auf dem Zivilrecht beruhend, Ansammlung großer Kapitalien in einer Hand, die andere, auf öffentlichem Recht beruhend, die Machtkämpfe durch Koalition der Arbeiter. Ganz richtig bemerkt der Verfasser zu der Ansammlung großer Vermögen in einer Hand, daß sie dem Interesse des Staates widerlaufe und daß dieser sich einmal vor die Frage gestellt sehen werde, ob er die legal erworbene Macht des Kapitals, die ihrem Ursprung nach vollkommen auf privatrechtlichem, den Staat also nicht prinzipiell berührendem Titel beruht, im Wege des öffentlichen Rechts werde einengen müssen.
Das klingt sehr schön! Leider wird aber nicht gleich gesagt, wie der Verfasser sich eine solche Einengung der Kapitalmacht denkt; ob er meint, der Staat solle ein Fabrikestablishment, das nicht mehr dem Betriebe dient, als sein Eigenum erklären, ob er meint, die Unternehmer, die eigentlich bei Arbeiterausbeutungen einen dem Interesse des Staates widerlaufenden Gebrauch von ihrer Kapitalmacht machen, müßten ihrer Rolle als „für ihre Arbeiter sorgende Väter“ entbunden werden, bleibt dunkel. Man kann deshalb seinen Hinweis der Unternehmer auf das Staatsinteresse nicht ernst nehmen. Will man das aber, so wird es leichter, ihn als Anlauf zum Sturm auf das Streikrecht der Arbeiter zu nehmen, denn als eine ernstgemeinte Mahnung an das Unternehmertum. Denn es heißt, nachdem den Unternehmern die Verletzung der Forderung des Artikelschreibers ernst nehmen könnten, verhängt worden ist, daß die Lösung dieser Frage keineswegs etwas mit der Abschaffung des Privateigentums zu tun habe, weiter:
Genau dieselbe Erwägung aber wird anzustellen sein, wenn die das Staatsinteresse verletzende Macht des oder der einzelnen nicht auf der Anhäufung von Kapital an einem Punkte, sondern begründet ist im Zusammen-

schluß vieler, um einen bestimmten Zweck durch die Koalition zu erreichen. In beiden Fällen handelt es sich um eine Ansammlung von Macht, der der Staat schließlich nicht untätig wird zusehen dürfen. Die Geschichte lehrt, daß der mächtigste Staat stets der gewesen ist, der sich nach außen und nach innen das Präponieren seiner staatlichen Machtstellung zu sichern wußte. Der Staat hat also ein großes Interesse daran, daß sich innerhalb seiner Grenzen Machtkämpfe nicht oder wenigstens über einen gewissen Umfang hinaus nicht abspielen; und insbesondere hat er ein Interesse daran, daß ein Austrag von Machtkämpfen mit so kolossalen, sein wirtschaftliches Gedeihen berührenden Konsequenzen, wie sie große Arbeitskämpfe hervorgerufen, nach Möglichkeit unterbleibt. Denn jeder Austrag solcher Machtkämpfe schwächt den Organismus des Staates, zum wenigsten — wenn man von materieller Schädigung absteht — id eell durch die Duldung so großer, ihm gleichberechtigt erscheinender Machtfaktoren. Dies wäre der allgemeine Gesichtspunkt. In spezieller Hinsicht werden die Zwecke in Betracht kommen, die seitens der Privatpersonen mit der von ihnen konzentrierten Macht verfolgt werden sollen. Und hier besteht allerdings, von ihrem Rechtsanspruch ganz abgesehen, ein grundlegender Unterschied zwischen der Machtkämpfe durch Anhäufung großer Kapitalien und der durch Koalition der Arbeiter. Denn während erstere stets insofern staatsverhaltend wirkt, als sie die Grundlagen staatslicher und wirtschaftlicher Entwicklung, den Kern des Privateigentums, betont und nur durch eine Ueberwältigung dieses im Grunde staatsverhaltenden Prinzips staatsgefährlich werden kann, die Zwecke, die sie verfolgt, somit stets auf dieses staatsverhaltende Prinzip werden Rücksicht nehmen müssen, bedeutet die Koalition der Arbeiter eine Machtkämpfe innerhalb des Staates, der man irgend eine, wenn auch noch so entfernte Beziehung zu staatsverhaltenden Grundfragen kaum wird nachräumen können. Im Gegenteil ist sie seit 1848 konstant die Wiege aller staatsfeindlichen Elemente gewesen. Und daß sie es in jüngster Zeit infolge der Identifizierung von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei nicht minder ist, beweist fast jede Veröffentlichung politischen Inhalts, die von ihr ausgeht.
Das ist schon deutlich genug. Aber es kommt noch besser. Nachdem die Sozialpolitik als eine einseitige Bevorzugung des Nichtkapitals im Staatsinteresse gekennzeichnet worden ist — in Wirklichkeit will sie bekanntlich gerade die einseitige Bevorzugung der Geldmenschen mildern —, leistet sich der Verfasser folgenden Appell an die Staatsanwaltschaft:
„Über vom Standpunkt des idealen Staatsbürgers aus, der das Interesse des Staates mit dem seinigen identifiziert, läßt sich der jetzige Rechtszustand und die Haltung der Staatsgewalt, deren Trumpf „Passivität“ ist, nicht rechtfertigen.“
Warum nicht gleich so? — Damit man aber garnicht im Zweifel darüber sein kann, daß die menschenfreundlichen Mahnungen an die Unternehmer und Kapitalmächtigen und die schüchterne Forderung an den Staat, gegen diese einzuschreiten, ledigst eine diplomatische Verschleierung des auch durch den Schleier noch sichtbar genug bleibenden Ziels ist, listet der Verfasser zum Schluß ganz überflüssigerweise auch noch den Schleier, und hell und klar tritt uns der Kern des Gedankens des Verfassers in folgenden Sätzen entgegen:
Die Gefahr, die der Industrie durch die unaufhörliche Beunruhigung mit Arbeitskämpfen droht, ist größer als jede andere. Und der Staat verkennt offenbar, oder will nicht erkennen, daß diese Gefahr der Industrie auch die seine ist. Die Arbeitgeber suchen sich selbst zu helfen, und da sie es können, lehnen sie staatliche Hilfe vorläufig noch ab. Das hindert indessen nicht, schon zur Zeit auf eine theoretische Erörterung des Problems eines staatlichen Eingriffs in Arbeitskämpfe einzugehen. Und aus den vorstehend angegebenen Gründen, die ledigst das Staatsinteresse als solches und nicht das einseitige Interesse der Arbeitgeber abernehmer betonen, wird man zu dem Schluß gelangen, daß eine Ansammlung von Macht innerhalb des Staates infolge Koalition großer Arbeitermassen wegen der in ihr liegenden Gefährdung der nationalen Produktion es rechtfertigen würde, wenn der Staat hier zu Gunsten der Produktion intervenieren würde.“
Der Rede langer Stän war also: Fort mit dem Koalitionsrecht — für die Arbeiter! Die Unternehmer müssen es noch weiter haben, denn sie müssen sich ja gegen die „genüßsüchtigen“ Arbeiter wehren, die nicht so bummeln wollen, den Kapitalmächtigen alle Genüsse zu überlassen, was uns die „Arbeitgeber-Zeitung“ so über nimmt, wie aus ihrer Glossierung unferes Pfingstartikels und dem vom Goldregen handelnden hervorgeht; die Unternehmer sollen gleich Goethes „Faust“ weiter von sich sagen können: So taumle ich von Begierde zu Genuß, und im Genuß verichmachtet ich nach Begierde.
Deshalb wird der Staat gegen die Arbeiterkoalition auf-

gerufen; damit kein durch einen Streik verzögerter Unter-nehmer, im Uebermut auf seinen Geldsack pochend, an den Arbeiter Rache nehmend, seine Fabrik zu schließen brauche, soll der Staat nicht etwa gegen den fatten Hebermütigen, sondern gegen den um etwas mehr Brot für seine Familie kämpfenden hungernden Streikenden vorgehen. Das ist nach Ansicht der „Arbeitgeber-Zeitung“ Staatsmoral. Das kommt aber nur dann, weil das Unternehmertum in Deutschland von sich glaubt: Der Staat bin ich!

Wohltat oder Profitmacherei?

In unserer, sich durch nackten und rücksichtslosen Materialismus so unvorteilhaft auszeichnenden Zeit muß es den Idealisten und Philantropen angenehm berühren, wenn die hauptsächlichsten Repräsentanten des Materialismus auch dafür Beweise erbringen, daß ihnen das Materielle nicht ein und alles ist und daß sie gern bereit seien, zu Gunsten der Arbeiter sozial an materiellem Gut zu opfern, wie sie entbehren können, ohne selbst in Gefahr zu kommen, von den Wohltaten anderer abhängig zu werden.

Als solche den Wohltäter zwar aus seiner überlegenen sozialen Stellung nicht verdrängende, ihm aber doch immerhin erhebliche materielle Opfer auferlegende, dem Empfänger wenn auch nicht so viel so doch immerhin etwas nützende Wohltaten werden bekanntlich die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen der Fabrikanten gepriesen. Die sächsischen Gewerbe-Inspektoren haben in ihren Jahresberichten eine besondere Rubrik für diese Art „sozialer Fürsorge“ errichtet und vergessen nie, auch die unheimbarste solcher Einrichtungen gewissenhaft zu registrieren. Die kapitalistischen Goldschreiber der bürgerlichen Presse preisen in spaltenlangen Artikeln die primitivsten, von Unternehmern seit Jahrzehnten für Arbeiter geschaffene Badeeinrichtung und wunden Unternehmern, die für Arbeiter Wohnungen beschaffen, duftende Ruhmestranke. Auch die Arbeiter sind oft von solchen Einrichtungen so entzückt, daß sie mit ihrem Lobe über dieselben nicht zurückhalten und Betriebs-Arbeiterwohnungen und -Unterstützungsstellen oft als Hindernis für die Ausbreitung der Arbeiterorganisation empfunden werden.

Wir haben solchen Einrichtungen stets sehr mißtrauisch gegenübergestanden und daraus auch kein Hehl gemacht. Doch was wir und die gesamte Arbeiterpresse schreiben, wird ja auf gegnerischer Seite stets als tendenziös negierend bezeichnet und verliert dadurch ein wenig an Ueberzeugungskraft. Deshalb ist es gar nicht laut genug zu begrüßen, wenn aus bürgerlichen Kreisen an den sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen eine unserer bisherigen Kritiken konformen Kritik geübt wird. Das ist jetzt seitens eines Herrn Dr. Adolf Günther durch eine Schrift: „Wohlfahrts-Einrichtungen der Arbeiter in Deutschland“ in ausgiebiger Weise geschehen.

Allen den schädigenden Folgen der Wohlfahrts-Einrichtungen, die den Augen der Öffentlichkeit verborgen sind, dem Wohlhabenden selten zum Bewußtsein kommen, spürte Dr. Günther nach und nahm sie unter die kritische Lupe des Sozialpolitikers.

In erster Linie sind zu nennen die **Werkstätten**. Zwar ist bei diesen der Mietpreis gewöhnlich etwas geringer als bei Privatbauten, aber der Gewinn steht in keinem Verhältnis zu den Schäden, die für den Arbeiter aus den Werkstätten resultieren, oft ist der Gewinn nur augenscheinlich, indem die Werkstätten den Arbeiter zwingt, ungünstige Arbeitsbedingungen einzugehen, er auf diesem Umwege sogar eine ganz unverhältnismäßig hohe Miete zahlt. Wird nämlich einem Werkstätteninhaber gestündigt, oder er geht freiwillig ab, muß er auch alsbald die Wohnung räumen, eine Aussicht, die den Arbeiter sehr oft abhält, seine Rechte im Arbeitsverhältnis zu wahren, ein günstigeres Arbeitsverhältnis bei einem anderen Unternehmer einzugehen.

Sobald wird durch die meisten Verträge bestimmt, daß die erwachsenen Söhne beim Arbeitgeber des Vaters arbeiten müssen. Hat der Unternehmer Arbeitern Darlehen gegeben zum Bau eigener Häuser, dann ist die Sache noch schlimmer. Verläßt der Arbeiter das Unternehmen des Darlehens, wird ihm das Kapital gestündigt, er sitzt auf dem Trocknen. So werden die Wohltaten oft zur drückenden Fessel. Selbst für den Fall, daß der Darlehensempfänger ein Schuld abträgt oder sich sonst durch Verkauf der Fessel entledigen will, spürt er den Wohlfahrtsnebel. Er darf nur an Arbeiter derselben Firma verkaufen und nur Arbeiter derselben als Mieter aufnehmen.

Eine der ebenfalls für den Arbeiter verflüchtend wirkenden Wohlfahrts-Einrichtungen sind die **Unterstützungs- und Pensionskassen**. Aus solchen Kassen sollen oft nach freiem Ermessen des Unternehmers oder nach bestimmt festgelegten Voraussetzungen, in besonderen Notfällen und bei Invalidität, Unterstützungen gezahlt werden. Bei einzelnen Kassen zahlt der Arbeiter keine Beiträge, in der Regel aber sind die Kassen obligatorisch mit Beitragszwang. Der Hebel der Schädigung für den Arbeiter ist der, daß ihm wirkliche Rechte nicht zuzustehen, mit Auflösung des Arbeitsverhältnisses alle Ansprüche an die Kasse erlöschen und Rückzahlung der Beiträge ausgeschlossen wird. Dann gehören noch zu den Wohlfahrts-Einrichtungen Prämien, Lohnzusätze, Gewinnbeteiligung und die Konsumanstalten.

Welches sind nun die verschiedenen Folgen der Wohlfahrts-Einrichtungen? Dr. Günther geht darauf im einzelnen ein. Zunächst die freie Berufswahl. Die kurzen Kündigungsfristen bei den Wohnungen, der Verlust einer eventuell in Aussicht stehenden Pension läßt es den Arbeiter oft rätlich erscheinen, mit schlechter Behandlung, ungünstigen Arbeitsverhältnissen vorlieb zu nehmen, ja oft müssen sogar die Söhne in der Wahl der Arbeitsstelle auf den bewohnten Vater Rücksicht nehmen; der Sohn darf oft eine Arbeit bei einem anderen Unternehmer nicht annehmen, weil eine Kündigung auch die Kündigung des Vaters nach sich ziehen würde.

Durch solche Bestimmungen und Praktiken wird in vielen Fällen das Recht der freien Berufswahl eingeschränkt. Und noch weitere Fesseln legt die Wohlfahrt der „Freiheit“ des Arbeiters an. Nach dem Gesetz soll der Arbeiter nicht veranlaßt werden, zu anderen als ihm zugesagten Bedingungen zu arbeiten. Die freie Uebereinkunft über die Arbeitsbedingungen wird aber nicht selten durch die verschiedenen Einrichtungen ausgehehlet oder beschritten, und zwar auch wieder durch die Rücksicht auf einen eventuellen plötzlichen Verlust der Wohnung und sonstiger Vorteile. Bei Lohnfestsetzungen kommt es oft genug vor, daß der Beamte die Zustimmung zu unzulänglichen Löhnen zu erlangen sucht mit der Bemerkung: „Ihr habt doch auch billige Wohnung“ und: „Ihr wißt doch auch, wo ihr wohnt.“ Dr. Günther führt ein Beispiel an, wo der Mietvertrag direkt mit dem Lohnverhältnis verknüpft ist. Es wird da kategorisch bestimmt, daß der Mieter, während der Dauer des Mietvertrages auf der Zehne für den daselbst üblichen Schichtlohn oder Gehaltssatz zu arbeiten hat. So wirken die Wohlfahrts-Einrichtungen wie ein Hohn auf die gepriesene Freiheit der Arbeit. Bedenklich ist besonders auch, daß Arbeitervertreter aus den angeführten Gründen bei der Ausübung ihres

Mandats beeinflusst werden könnten. Der Verfasser sagt dazu: „Schon unter gewöhnlichen Verhältnissen ist die Entlassung für den Arbeiter oft gefährlich. Bedingt diese aber nun die Ermittlung aus der Wohnung, den Verlust von Kassenbeiträgen, Prämien, oder was ganz besonders häufig sein wird, da Knappheitsfälle meist gut qualifizierte, bevorzugte Arbeiter sind, den Zwang, sofort Baudarlehen und Prämien zurückzahlen zu müssen, so erhellt, daß der betreffende Arbeiter allen Grund hat, dasjenige zu unterlassen, was eine Entlassung, ohne eine Kündigung aus disziplinarischen Gründen, an denen es ja nie ganz fehlen wird, nach sich ziehen könnte. Die Beschneidung des Rechts, günstigere Arbeitsverhältnisse aufzusuchen, zeigt die Tatsache, daß der Wechsel der an einer Wohlfahrts-Einrichtung Gebundenen nur ein fünfundzwanzigstelmal so stark ist, als der der Bewohner von frei gesuchten Wohnungen; das kann doch nur auf das Gebundensein an die Arbeiterwohnung zurückgeführt werden, denn daß die Arbeitsverhältnisse in den Wohlfahrtsfabriken in der Regel schlechter sind als sonstwo, ist längst erwiesen.“

Einer der wichtigsten Punkte ist der Einfluß der Wohlfahrts-Einrichtungen auf das Koalitionsrecht. Die praktische Folge des Koalitionsrechts ist das Streikrecht. Ohne dieses Recht fehlt es dem Arbeiter an einem Mittel, Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses vorzubeugen, oder Verbesserungen durchzusetzen. Die allermeisten Mietverträge schließen für den Inhaber von „Arbeiterwohnungen“ bei Gefahr des sofortigen Obdachloswerdens das Recht auf Arbeits-Einstellung aus. Neben der Arbeitslosigkeit auch noch obdachlos werden, das sind Ausblicke, die den „Kolonienbewohner“ nicht leicht für die Bekundung der Solidarität geneigt machen. In den Fabriken haben wir Beispiele genug, wie die Wohltaten der Fabrikanten Vorkaufsrechte für die Arbeiter sind.

Mit allen den besprochenen Einrichtungen hat es der Unternehmer auch in der Hand, die Willfährigkeit zur Leistung der Ueberstunden zu fördern, und über das Arbeitsverhältnis hinaus macht sich der Einfluß geltend. Der Unternehmer kontrolliert den Kolonialbewohner auf seine politische Meinung, die eingebrachte Erklärung steht unter Kontrolle; der Unternehmer beschränkt auch die Freiheit des Arbeiters als Konsument. Privatien, Händler, Hausierer usw. wird die Behienung von Kunden in den Kolonien erlaubt, wenn der Unternehmer nicht ausdrücklich dem einzelnen dazu Erlaubnis erteilt.

So wirken nach den verschiedenen Seiten die Wohlfahrts-Einrichtungen schädigend; in der Gesamtwirkung machen sie die Arbeiter zu Hörigen des modernen Fabrikfeudalen. Der Verfasser des besprochenen Buches, der sich in seinem Urteil weit von den meisten bürgerlichen Autoren auf diesem Gebiet entfernt, fast vollständig mit den Urteilen von Sozialdemokraten sich deckt, resumiert aber: „Wir sehen, wie ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft unter einem eisernen Zwange in ein bestimmtes Arbeitsverhältnis eintritt, wie er in diesem ausharrt, unfähig, durch Nüchternung besserer Arbeitsbedingungen, durch Besserung des Vertragscharakters seines Arbeitsverhältnisses, durch Koalition seine Lage von sich aus zu verbessern. Wir sehen, wie er auch durch lange Kündigungsfristen, aber deren gänzliches Fehlen gebunden ist, während sich der Arbeitgeber die längere wehrt. Wir sehen, daß über einen beträchtlichen Teil seines Lebens in einer Weise verfügt wird, die seiner Würdigen nicht entspricht. Wir sehen endlich, welche tiefe Schatten das Dienstverhältnis auch in das außerdienstliche Leben des Arbeiters wirft, wie vor allem sein politisches Recht von jenem berührt wird.“

So sehen die Einrichtungen in Wirklichkeit aus, denen bisher soviel Lob gespendet wurde.

Dr. Günther weist ferner nach, daß alle diese Wohlfahrts-Einrichtungen nur dem Fabrikanten direkt und indirekt Nutzen bringen.

Wer den „Wohlfahrts“-Schwindel durchschaut hat, wird ihn als „Wohlfahrts“-plage erkennen und, sofern er unter dieser Plage leidet, dieselbe von sich abzuschütteln suchen. Ein Mittel dazu ist die Gewerkschaft, die bei den Wohlfahrts-Einrichtungen nicht nur nicht überflüssig, sondern dringend notwendig ist, weil sie dem Bewohlfabrikanten ermöglicht, seine „Wohlfahrts“-ketten etwas zu lockern, vielleicht sogar zu sprengen.

Etwas aus den Satzungen des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie.

In Verfolg unserer Mitteilungen aus dem Lager unserer wirtschaftlichen Gegner wollen wir heute einige Mitteilungen aus dem Statut der genannten Unternehmerorganisation machen. Der Zweck des Verbandes ist: gemeinsames Vorgehen gegen u n berechnete Forderungen der Arbeiter und u n berechnete Streiks. Dieses gemeinsame Vorgehen soll sich auch auf die Nichtaufnahme von Arbeitern erstrecken, welche u n berechnete die Hauptverpflichtung einer Verbandsguppe die Sperre verhängt worden ist. Der Verband bezweckt auch den Schutz und die Unterstützung Arbeitswilliger und die Unterstützung seiner Mitglieder, die durch u n berechnete Arbeits-Einstellungen geschädigt werden. Auch Einrichtung und Ausdehnung von Arbeitsnachweisen und die Durchführung der Streik- und Ausschlussarbeit der Verband zu seinen Zwecken.

Der Verband ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie (Sitz Berlin) und durch diesen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin angeschlossen. Er leistet an die Hauptstelle an Beitrag ein halbes Prozent (gegenwärtig aber nur ein Viertel Prozent) der Lohnsumme, die an seine Arbeiter und Angestellten zur Auszahlung gelangt, als Beitrag an den — sächsischen — Verband selbst hat jedes Mitglied ein Prozent der Lohnsumme zu zahlen. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk. pro beschäftigten Arbeiter. Zur Sicherung der Erfüllung seiner Pflichten dem Verbands gegenüber hat jedes Mitglied einen Ehrenschein oder einen Solawechsel ohne Datum in Höhe von 10 Mk. für jeden beschäftigten Arbeiter zu hinterlegen. Das Datum setzt der Vorstand ein, wann es ihm gefällt, um dann den Wechsel zu präsentieren. — Bricht ein Streik aus, so kann der Vorstand unter Mitwirkung der Vorstände der betroffenen Gruppe bis zu vier Arbeitgebern der betreffenden Branche wählen, welche dann bis zur Erledigung des Streikfalles zu amtierenden haben. Dieser erweiterte Streikausschuss hat bei Ausbruch eines Streiks die Befähigung an Ort und Stelle zu prüfen. Er kann von dem betreffenden Arbeitgeber jede ihm erforderlich scheinende Auskunft verlangen. Verweigert es solche Auskunft, oder weigert es sich, die Anordnungen des Streikausschusses zu befolgen, so verzichtet es damit auf den Schutz des Verbandes und die eventuell zu gewährenden Unterstützung und hat obendrein seinen Ausschluss aus dem Verbands zu gewärtigen. Die Unterstützung beträgt fünf Prozent der Lohn- und Gehaltssumme, solange die Mitglieder des Verbandes nicht mehr als 50 000 Arbeiter als beschäftigt angegeben haben; zehn Prozent, sobald die Zahl der Beschäftigten höher ist. Zehn Prozent Unterstützung soll der Vorstand aber

nur dann gewähren, wenn das bei Ausbruch eines Streiks vorhandene Verbandsvermögen das Vierfache der letzten Jahres-einnahme, mindestens aber 300 000 Mk. beträgt. Sinkt es unter diese Summe, so sollen bis zur Wiedergewinnung auf diesen Stand nur fünf Prozent gegeben werden, doch soll nach Möglichkeit eine Ermäßigung während eines Streiks nur dann eintreten, wenn das Verbandsvermögen unter 150 000 Mk. fällt. Dem Vorstande bleibt es übrigens vorbehalten, kleineren oder sonst Berücksichtigung verdienenden Betrieben Unterstützung auch über die vorgesehene Höhe hinaus, selbst bis zum doppelten Betrage derselben zu gewähren. Die Unterstützung kann auch bei nur teilweiser Arbeitseinstellung gewährt werden. Vor Abschluss einer sechsmonatigen Mitgliedschaft wird Unterstützung in der Regel nicht gezahlt, es bleibt aber dem Vorstande überlassen, in besonders gearteten Fällen eine Kürzung oder Aufhebung der Karenzzeit eintreten zu lassen.

Vorkünftig gehören dem Verbands als Mitglieder folgende Gruppen an: Verein zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten von Chemnitz und Umgegend; Vereinigung der sächsischen Spinnereibesitzer; Vereinigung der Kammgarntspinnereien in Sachsen und benachbarten Staaten; Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Färberei- und Appreturanstalten zu Chemnitz; die Ortsgruppen Annaberg-Buchholz, Crimmitschau, Frankenberg, Verbau, Limbach, S., und Umgegend, Burgstädt und Umgegend, Neugersdorf und Umgegend, Leipzig, Reichenbach und Umgegend, Cunewalde, Zittau, Reichenau und Umgegend, Eilenburg; die Gruppe der Gardinenwebereien. — Der Verband zählte am 31. Dezember 1905 483 Mitglieder mit 84 800 Arbeitern und 54 145 000 Mk. Jahreslöhnen. — In der vorigen Nummer wolle man statt Verwaltungsvorschriften Verhaltensvorschriften lesen.

Rin in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln!

Die buntschichtige Zusammenfügung der Presbureau für den Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien bringt ebensolche buntschichtige Artikel in die bürgerliche Presse zu dem Zweck, die Textilarbeiter „aufklären“ zu wollen. Besonders in Greiz, wo das Bureau seinen Sitz hat, macht sich diese dreiste Gesellschaft durch Bekämpfung der Sozialdemokratie und Gewerkschaft bemerkbar. Ein „Eingeladener“ folgt aufs andere. Die Tonart ist aber immer dieselbe: die Sozialdemokraten und Führer der Gewerkschaften seien die schlechtesten Kerle von der Welt, ohne Ehre und Gewissen, ohne Geist und Moral. Die Beweisführung hierfür wird wie Kraut und Rüben zusammengeschleudert und mit allerlei verleumderischen Gemengsel anzudeuten versucht. Offenichtlich wird der Zweck dabei verfolgt, die Arbeiter gegen Partei und Gewerkschaft aufzuheben, damit sie dann von der Unternehmerklasse noch ungehindert ausgebeutet werden können. Das Spiel ist zu durchsichtig. Spiegelberge, ihr seid erkannt!

Da ist nun so ein abgedankter Hauptmann in Greiz, der vermutlich hohe standesgemäße Zuschüsse aus dem Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien bezieht und dafür „geharnischte“ Artikel gegen den Deutschen Textilarbeiterverband loslassen muß. Laut Protokoll einer Sitzung der vereinigten Textilindustriellen hat schon während der Lohnkämpfe im vorigen Jahre derselbe abgegangen gewordene berufsmäßige Soldat nicht mit dem Degen, sondern mit der fasernenhof-mäßigen Feder die für die Textilarbeiterbestimmten Publikationen redigieren müssen. Man könnte annehmen, der falkgestaltige geharnischte Mann sei auch „Kohlbauer“, da er in einem seiner Artikel schreibt: „Rin in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln!“ Jedemfalls kann er aber einen Keinsfall aus seiner Soldatentzeit nicht vergessen, wo bei einem Wandern sein Kommando: „Rin in die Kartoffeln!“ von einem höheren Kommando: „Raus aus den Kartoffeln!“ auf den strategischen Wert richtig bemessen wurde. Und dieser Strategie kommandierte bei der Aussperrung im vorigen Jahre für den 27. Oktober: „Raus aus den Kartoffeln!“ und für den 6. November (Eröffnung der Textilbetriebe, um Arbeitswillige aufzunehmen): „Rin in die Kartoffeln!“

Doch es waren ihrer recht wenige, die da kamen; mit ihnen war nichts anzufangen, die Betriebe wurden erneut geschlossen. Der Strategie hatte sich wieder mal verrechnet. Die Textilarbeiter sind keine zu Kadavergehoram gebrillte Waffe, sondern hat eine selbständige Meinung und läßt sich nicht zum Gehorsam für unbeschränkte Ausbeutung drillen.

In der Absicht, diese selbständige Meinung zu brechen, unterhält der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien ein eigenes Presbureau. Weil man aber dort die wirkliche Lage der Textilarbeiter so wenig versteht, bleiben auch die Versuche, die Textilarbeiter gegen die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes aufzuheben, völlig wirkungslos. Fast nach jedem solchen Versuch wird der Zusammenschluß der Textilarbeiter nur noch fester; niemals sind aber Abmeldungen zu verzeichnen.

So war es auch nach einem Artikel, der die Referentinnen für Textilarbeiterversammlungen in Sachsen-Thüringen gehässig heruntersetzte. Jetzt soll wieder durch einen Artikel die kommandomäßige Aufzwingung einer Arbeitsordnung durch gefälschte Darstellungen über die „Meinungsfreiheit“ der Gewerkschaften überlistet werden. Bretschneider und Dressel hätten gegen die neue Arbeitsordnung die Masse bis zum Weißglücken erhitze. Da habe Herr S. Hübisch flugs eine anmutige Pfingstreife aus der Tasche der Textilarbeiter ins Webereigebiet unternommen und erklärt, es dürfe gegen die Arbeitsordnung nichts unternommen werden.

Wir haben es nicht nötig, den Artikelschreiber aufzuklären über Besprechungen und Versammlungen, welche sich mit den neuen Arbeitsordnungen beschäftigen. Hätte er aber einen Bericht davon, würde er seine Behauptung, die Weber lassen sich kommandieren für „Rin in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln!“ selbst als Phantasie erkennen müssen. Die Angelegenheit ist nur veraltet.

In den gegnerischen Artikeln und Eingeladenden wird es immer behauptet, daß es am Vertrauen der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern fehle. Uns wäre es auch lieb, wenn ein solches Vertrauen konstatiert werden könnte. Aber wie kann das gewünschte notwendige Vertrauen entstehen, wenn die vereinigten Textilindustriellen ihr ganzes Vorgehen auf Unterdrückung der Textilarbeiterbestimmten richten? Wie kann Vertrauen entstehen, wenn ein den Beschäftigten gegebenes Versprechen nicht eingehalten wird? Was ist der Färberring? Er gewährt einen Mindestlohn. Nachträglich hat aber u. a. die Firma Louis Hirsch in Gera in einzelnen Arbeitsabteilungen laut neuem Vertrag den Mindestlohn wieder außer Kraft gesetzt. Auch in anderen Betrieben zahlt man nicht an alle Berechtigten den vereinbarten Mindestlohn. Es sind sogar deshalb schon Entlassungen erfolgt.

Bei den Aussperrungen hieß es: Wenn auch die Lohnsätze etwas niedriger seien, die Textilarbeiter im Gera-Greizer Bezirk hätten aber auch volle Beschäftigung. Die Praxis zeigte aber ganz andere Erscheinungen. An Stelle männlicher Ar-

beitskräfte hat man billigere weibliche Arbeitskräfte gestellt; diese Arbeit bringt schwere Nachteile für Arbeiterinnen. Oftmals wird angeordnet: die und die Tage ruht der Betrieb, hierfür wird kein Lohn bezahlt. Viele Arbeiterinnen bekommen im Afford noch weniger als 7 Mk. pro Woche. Zum Teil wird während der Pausen gearbeitet, es herrscht also zirka 11stündige Arbeitszeit. Nach rigoroser Verfahren die Weberbestreiter. Obwohl der Mindestlohnlohn keine Deffini-Nummern enthält, sondern für die Berechnung des Affordlohn-Tarif-Positionen vorgesehen sind, wonach es allein möglich ist, die Richtigkeit des Affordlohn nachprüfen zu können, haben die Weberbestreiter Anweisung gegeben, daß in die Stuhl-Lohnbücher nicht die Tarif-Position eingetragen werden darf, sondern eine beliebige und gelegentlich zu anderen Deffini-Nummern. Man merkt den Versuch, die Weber übers Ohr hauen zu wollen. Auf Grund der Lohnbücher ist es unmöglich, nachträglich den Lohnsatz kontrollieren zu können. Diese Praxis steht im Gegensatz zu dem § 13 der Allgemeinen Bestimmungen. Auch zum § 12, nach dem alle höheren Lohnsätze weitergezahlt werden. Es muß auch nochmals konstatiert werden, daß kein einziger Arbeiter eine neue Arbeitsordnung haben wollte. Wozu da immer Neuerungen, die die größte Empörung der Arbeiterschaft hervorrufen müssen?

Der Färberzweig will mehrere Vertragsbestimmungen abändern. Da kann man sich auf einen Lohnkampf in noch größerer Ausdehnung gefaßt machen. Die bisherige Praxis über Handhabung der Vertragsbestimmungen in den Färbereien und Webereien, sowie verschiedene Neuerungen und vielleicht auch das Verlangen nach einem Arbeitsnachweis seitens der vereinigten Textilindustriellen lassen bestimmt erkennen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein neuer Kampf zwischen den organisierten Textilarbeitern und dem Unternehmertum ausgetroffen werden muß. Kollegen und Kolleginnen! Rüstet zum Kampf! Versäumt keine Minute! Eure Parole sei: Ein energisches Halt dem Unternehmertum!

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Mittweida. Am Donnerstag fand eine Mitgliederversammlung der Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes statt. Nach dem Bericht des Kassierers sind im Monat Mai 208 Anmeldungen zu verzeichnen. Hieraus hielt der Vorsitzende, Kollege Julius Lehmann, einen Vortrag über das Thema: „Die gegenwärtigen Lohnbewegungen in der Textilindustrie.“ Neben konstatiert, daß sich erfreulicherweise auch bei den Mittweidaer Textilarbeitern die Organisation immer mächtiger entwickle, sodaß man wagen konnte, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Er berichtete im Detail von den Forderungen der Arbeiter der einzelnen Betriebe und stellte fest, daß ganz annehmbare Zugeständnisse gemacht worden sind. In der sich hier anschließenden Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Als vierter Austräger wurde Kollege D. gewählt. Es wurde ferner beschlossen, am 7. Juli eine Abendpartie nach Ködlich zu veranstalten und als Sammelpunkt Restaurant „Rosengarten“ bestimmt.

Neustadt (Oberh.). Eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle fand am 13. Juni im „Arbeiter Kasino“ hier statt, um zur Wahl von Unterassistenten Stellung zu nehmen. Als solche wurden die Mitglieder der Agitations-Kommission einstimmig ernannt und denselben eifrigste Mitgliederwerbung empfohlen. Ferner wurde beschlossen, zugereisten organisierten, noch nicht unterstützungsberechtigten oder schon ausgesteuerten Kollegen eine Sozialunterstützung von 50 Pf. zu gewähren und diesen Beschluß für ein Jahr zu sanktionieren, denselben aber wieder aufzuheben, sobald mitbräuchliche Ausnutzung wiederum zulage tritt.

Weißelsdorf (Kreis Reichenbach). Am 13. Juni sprach hier Kollege Ad. Drechsler aus Reichenbach. Sein interessanter Vortrag, der hauptsächlich das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den freien Berufsständen, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Kollege Zimmer, gab in großen Zügen den Bericht von der Generalversammlung in Mühlhausen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Kollegen Zimmer voll und ganz einverstanden.

Zell-Hausen. In Anbetracht der vielen weiblichen Mitglieder wurde in der letzten Mitgliederversammlung beschlossen, daß die nächste Versammlung am Sonntag den 1. Juli, nachmittags 2 Uhr, in der „Krone“ in Hausen stattfinden soll. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen. Nach der Versammlung findet gesellige Unterhaltung statt.

(Weitere Mitteilungen, siehe Beilage.)

Bosamentierer-Bewegung.

Diffeldorf. Am 13. Juni fand hier eine Branchenbesprechung der Bosamentierer statt. Auf Ersuchen der Elberfeld-Barmer Kollegen wurde beschlossen, die von denselben einberufene Konferenz durch zwei Kollegen zu beschicken. Von allen Anwesenden wurde anerkannt, daß ein fester Zusammenschluß nach den Ereignissen der letzten Zeit zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Ein Rundschreiben des Kollegen Daus soll brieflich beantwortet werden. Um für die Zukunft gegen alle vorkommenden Fälle etwas besser als bisher gesichert zu sein, verpflichten sich die Gehilfen, zwecks Anammlung eines Reservefonds vom 1. Juli ab einen wöchentlichen Extrabeitrag von 5 Pf. zu leisten. Die Arbeiterinnen bleiben hiervon befreit.

Stickerbewegung.

Achtung, Aurbesticker! Die Stickerbestreiter in London versuchen wiederholt nach dort Aurbesticker zu engagieren. Wir weisen nochmals darauf hin, daß aus Anlaß der Einführung von Stichzählhaken dort Differenzen bestehen, die unseres Wissens bis heute noch nicht erledigt sind. Aus diesem Grunde und ferner, weil es in London gerade genug Aurbesticker gibt, es also nicht an Arbeitskräften mangelt, warnen wir die Kollegen, dorthin zu reisen. Es handelt sich augenscheinlich darum, möglichst viel Arbeiter hinzuzuleihen, um nachher desto mehr auf die Arbeitslöhne drücken zu können. Also Vorsicht! Filiale Berlin.

Gewerkschaftliches.

Der Verband Deutscher Schuhmacher hielt vorige Woche seine Generalversammlung in Nürnberg ab. Der Generalversammlung lag ein ausführlicher gedruckter Bericht des Vorstandes und der Gauverwaltungen vor. Bezüglich der Lohnbewegungen und Streiks wird bemerkt, daß abgesehen von einer zweitägigen Aussperrung in Dresden, der Verband in den letzten zwei Jahren von Aussperrungen verschont geblieben ist. Lohn- und Streikbewegungen fanden an 239 Orten in 1137 Betrieben statt, an denen 14 547 Personen beteiligt waren. 155 Bewegungen mit 7725 Beteiligten wurden ohne Streik erledigt, während es in 84 Orten mit 552 Betrieben und 6824 Beteiligten zum Ausstand kam. Erreicht wurden für 2318 Personen 12 474 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 3551 Personen 6191 Mk. Lohnverhöhung pro Woche, das ergibt pro Jahr im Durchschnitt, das Jahr zu 50 Wochen gerechnet, 623 700 Stunden Arbeitszeit-

verkürzung und 300 550 Mk. Lohnverhöhung. Jeder der Beteiligten hat also durchschnittlich pro Jahr 269 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 87,17 Mk. Lohnverhöhung mit Hilfe seiner Organisation erzielt. Ein Beweis, daß die Opfer für dieselbe nicht umsonst gebracht sind. Die Entwicklung des Verbandes hat sich sehr günstig gestaltet. Ende 1903 betrug die Mitgliederzahl in 259 Zahlstellen 26 926. Ende 1905 in 271 Zahlstellen 28 546. Infolge der Beitragsverhöhung schieden aus oder wurden ausgeschlossen 2760, der reine Zuwachs gegen Ende 1903 beträgt 2250 Mitglieder. Von den Mitgliedern sind 25 065 männliche und 3481 weibliche. Die Hauptkategorie verzeichnet 750 761,23 Mk. Einnahme (mit 150 855,07 Mk. Vortrag aus 1903) und 435 618,14 Mk. Ausgabe; das Verbandsvermögen beträgt 315 145,00 Mk. Für die verschiedenen Unterstützungsabteilungen wurden 357 140,71 Mk. ausgegeben, gegen die vorige Berichtsperiode mehr 170 441,37 Mk. Von den Mehrausgaben kommen auf Streiks allein 111 737,51 Mk. Ferner wurde eine Statistik über die Zahl der in den einzelnen Orten beschäftigten und die Zahl der organisierten Schuhmacher aufgenommen. In den Orten, wo Zahlstellen bestehen, sind 1199 Schuh- und Schäftefabriken vorhanden, die 27 011 Arbeiter und 16 741 Arbeiterinnen, sowie 3708 Arbeiter und 4372 Arbeiterinnen auf Heimarbeit beschäftigen. Von diesen Beschäftigten gehören 18 009 der Organisation an. Ferner wurden gezählt 38 271 Kleinmeister, wovon aber nur 11 558 Gehilfen beschäftigt. Die Organisation setzt sich insgesamt aus zirka 7000 Schöharbeitern und 21 500 Fabrikarbeitern zusammen.

Der Verband der Brauer hielt seine Generalversammlung in Köln ab. Nach dem Bericht des Vorstandes haben die Kämpfe der letzten zwei Jahre viel Arbeit gebracht. Allein 22 Angriffsstreiks sind notwendig gewesen. Die Aussperrungen und Maßregelungen haben 62 Abwehrstreiks erfordert. In 679 Betrieben mit 27 000 Arbeitern sind bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen. Die Anstellung von Gaubeamten sei ein sehr glücklicher Beschluß gewesen. Seit 1901 ist die Zahl der Zahlstellen von 163 auf 224 und die Mitgliederzahl von 18 000 auf 26 000 gewachsen. Die Rechtschulungsansprüche sind von 80 auf 246 Fälle gewachsen und die dafür verwandten Ausgaben von 3520 Mark auf 10 791 Mark. Die Bilanz am Jahreschluß weist eine Einnahme von 436 278,04 Mark und eine Ausgabe von 426 411,81 Mark auf. Der Bestand beträgt zurzeit 142 000 Mark.

Ein internationaler Bergarbeiterkongreß tagte am 5. Juni und die folgenden Tage in London. Es wurde eine Resolution angenommen, welche eine Verbesserung der Berggesetzgebungen in der Richtung verlangt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter unter Tage besser gesichert werden; ferner wurde eine von Bartels-Deutschland und Ebert-Oesterreich vorgeschlagene Resolution angenommen, welche besagt, zur Verhütung von Unglücksfällen, namentlich solcher wie der in Courrières vorgekommenen, sollten die Arbeiter aus ihrer Mitte Inspektoren wählen dürfen, welche dem Staate zu befehlen wären. Der Kongreß nahm auch einen Antrag an, von französischen und deutschen Delegierten eingebracht, in dem auf die Notwendigkeit eines Minimums hingewiesen war. Die englischen Delegierten erklärten, daß der Minimallohn die englischen Grubenarbeiter davor bewahrt habe, 150 Millionen Pfund Sterling während der Streiktage zu verlieren. Weiter nahm der Kongreß eine von deutscher Seite eingebrachte Resolution an, welche die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung dahin fordert, daß für alle erwerbsunfähigen gewordenen Arbeiter ein zweifaches ausreichendes Auskommen gesichert wird, und welche für die Erben gestorbener Arbeiter eine ausreichende gesetzliche Zuwendung verlangt. Eine andere Resolution verlangt die Verstaatlichung der Bergwerke mit dem Hinweis, daß dieselben nicht dem Privatkapital, sondern der Gesamtheit nützen müssen. Bei dieser Resolution verhielten sich die christlichen Vereinigungen der deutschen und der amerikanischen Bergarbeiter neutral. Auf Antrag der deutschen Abordnung erhielten die Sekretäre des Kongresses den Auftrag, den verschiedenen Parlamenten die Resolution des Kongresses mit der Bitte um Erwägung der Wünsche der Bergarbeiter zu unterbreiten. Als der Ort des nächstjährigen Kongresses wurde Salzburg gewählt.

Soziales.

Ein internationaler Kongreß für gewerbliche Berufsstrafenheiten, der erste, der abgehalten wurde, tagte in Mailand. In seiner Begrüßungsrede betonte der stellvertretende Bürgermeister Mailands, Menozzi, daß an dem Kongreß Arbeiter und Unternehmer in gleichem Maße interessiert seien, weil in allen Staaten die Gesundheit des Arbeiters das wichtigste Kapital bedeute. Die Stadt Mailand habe als erste mit großen Opfern eine eigene Klinik für gewerbliche Erkrankungen errichtet. Die Eröffnungsrede des Präsidenten, Senatore de Christoforo, gab Anlaß zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Opfer von Courrières. Nach mehreren Referaten verschiedener Fachgelehrter wurden einstimmig Beschlüsse angenommen, des Inhaltes, daß die Nachtarbeit den physiologischen Gesetzen widerspreche, weshalb sie für Frauen und für Jugendliche, das heißt Personen unter 18 Jahren, womöglich gänzlich zu unterbleiben habe. Wo sie durch technische Rücksichten oder aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich nötig sei, müsse sie unter der Leitung von Erwachsenen und unter der Anwendung angemessener Beschränkungen hinsichtlich der Dauer sowie unter ärztlicher Kontrolle durchgeführt werden. — Der Kongreß kam in dieser wichtigen Frage der Volksfürsorge also nur zu einer Halbheit. Widerspruch die Nachtarbeit den physiologischen Gesetzen, so darf sie auch nicht ausnahmsweise zugelassen werden.

Internationaler Arbeiterschutz. Der schweizerische Bundesrat beschloß, die an der Internationalen Konferenz für Arbeiterschutz vertretenen Staaten zu einer neuen diplomatischen Konferenz einzuladen; dieselbe soll in der zweiten Hälfte des September in Bern zusammentreten und sich mit der Frage der Aufstellung eines internationalen Vertrages, betreffend Verbot der Nachtarbeit der Frauen in der Industrie, befassen. — Was das Verbot der Verwendung des gelben Phosphors betrifft, so hat man für den Augenblick davon abgesehen, ein internationales Abkommen vorzuschlagen; da die von verschiedenen Staaten gestellte Bedingung, nämlich Zustimmung Japans zu den Beschüssen, nicht erfüllt wurde.

Sonntagsarbeit in Glashütten. Mit dem 1. Juli d. J. tritt eine neue Regelung der Sonntagsarbeit in Glashütten in Kraft. Durch diese Neuregelung wird eine wesentliche Einschränkung der gegenwärtig noch zugelassenen Sonntagsarbeit herbeigeführt. Der allseitig als notwendig anerkannte Betrieb der Schmelzöfen behufs Herstellung der Glasmasse wird auch nach dem 1. Juli 1906 an Sonn- und Festtagen stattfinden dürfen, jedoch im Gegensatz zu der bisherigen Regelung nur, soweit er ohne besondere bundesrätliche Genehmigung bereits durch das Gesetz (§ 103 der Gewerbeordnung) gestattet ist, unter Verzicht aller nicht durch § 103 zugelassenen Arbeiten. An Stelle der bisher mehrfach freigegebenen Verarbeitung der Glasmasse ist, soweit sie überhaupt noch durch die neuen Bestimmungen zugelassen ist, die Verarbei-

tung der flüssigen Glasmasse gestattet worden, um damit jeden Zweifel auszuschließen, daß die der Verarbeitung der flüssigen Glasmasse sich anschließenden Arbeiten, die namentlich in der Praxis zur Verarbeitung der Glasmasse gerechnet wurden, an Sonn- und Festtagen nicht vorgenommen werden dürfen, soweit sie nicht schon auf Grund des § 103 der Gewerbeordnung ohne weiteres gestattet sind. Die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse ist vom 1. Juli ab in Weisshohlglashütten an Sonn- und Festtagen völlig untersagt. Das gleiche gilt hinsichtlich der Herstellung von Rohguglas, soweit sie nicht in dreischichtigem Betrieb erfolgt, ferner hinsichtlich der Herstellung von Pressglas aus Hafendöfen. Soweit die Verarbeitung der Glasmasse sonst noch bisher zugelassen war, hat sie durch die neuen Bestimmungen eine wesentliche Einschränkung erfahren, so in den Tafelglashütten, Grünhohlglashütten und anderen.

Gerichtliches.

Wegen Verbreitung von Flugblättern auf öffentlicher Strafe hatte sich ein Kollege vor dem Schöffengericht Rhendt zu verantworten. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil der Kollege für seine Tätigkeit entschädigt worden war. Der Kassierer der Filiale Rhendt des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte nämlich als Zeuge erklärt, daß betreffender Kollege gemahregelt worden sei und deshalb für seine Tätigkeit im Interesse des Verbandes entschädigt würde. Interessant war eine Auseinandersetzung des Vorsitzenden des Gerichts mit dem Kassierer über den Begriff Maßregelung. Dem Vorsitzenden scheint es unbegreiflich zu sein, daß ein Arbeiter wegen seiner Verbandsstätigkeit auf Pflichten geworfen werden könne. Der Richter scheint über Arbeiterverhältnisse so wenig unterrichtet zu sein, wie jener Richter, der annahm, daß die Arbeiter alle schon den achtstündigen Arbeitstag haben.

Wirtschaftliches.

Zur Lage des Baumwollmarktes wird in den Wochenberichten der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie geschrieben: Der Artikel Baumwolle läßt sich wie wohl kein anderer durch Einflüsse der Welt- und Finanzpolitik sowie wirtschaftlicher Natur bestimmen; dies hat wieder die Katastrophe in San Francisco gezeigt. Die schwache Haltung der Fondsbörse hat sich schließlich auf den Baumwollmarkt übertragen und die Preise haben eine Abwärtsbewegung erfahren. Ein härterer Rückschlag wurde durch die stottere Beschäftigung der Industrie aufgehalten, die eine gute Nachfrage nach Woloware zur Folge hatte. Eine Störung durch einen Streik in Lancashire wird, wie zu erwarten war, nach den letzten Meldungen nicht stattfinden, die Arbeitgeber des Distrikts Manchester haben die von den Arbeitern geforderte Lohnverhöhung von 5 Prozent von der dritten Maiwoche ab bewilligt, während die Arbeitnehmer des Bradford-Distrikts eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent von nächster Woche ab erhalten. Die Zufuhren sind größer wie in früheren Jahren um diese Zeit, aber bleiben naturgemäß hinter denjenigen im Vorjahre zurück, und es ist infolgedessen und dank der guten Bezüge der Industrie eine weitere Verbesserung der Statistik gegen 1905 eingetreten. Ueber die nächste Ernte läßt sich neues heute nicht sagen. Nach den vorliegenden Briefberichten werden die Witterungsverhältnisse in der letzten Woche für die Bestäubungsarbeiten sowie für das Wachstum der gepflanzten Saat als ideal bezeichnet, und allem Anschein nach ist die Entwicklung weiter vorgerückt, als vielfach angenommen wird. Der Mitwochbericht des Crop u. Weather-Bureaus spricht allerdings davon, daß in einigen Baumwollgebieten kühles Wetter vorherrschend war und teilweise Rückschläge eingetreten haben, doch ist ein Schaden nicht entstanden, und in den letzten Tagen hat sich nach den vorliegenden Meldungen die Temperatur drüben bereits höher gestellt. Dafür, daß die Aussichten für die kommende Ernte günstig sein müssen, spricht der Umstand, daß der Süden in der letzten Zeit in der Regel als Verkäufer aufgetreten ist. Selbst wenn ab und zu einige unglückliche Bezüge vom Süden ausgesandt worden sind, so verfehlen diese ihre Wirkung, denn wenn wirklich irgend ein Schaden angetrieben wäre, so wären doch ohne Zweifel mit diesen unglücklichen Meldungen Kauforders vom Süden erteilt worden. — Die Preisbildung am Abfallmarkt ist der des Baumwollmarktes schon vorausgeleitet, eine Folge der starken Nachfrage nach allen mittleren und geringeren amerikanischen Abfallqualitäten in England selbst. Das Angebot von England ist auffallend knapp und man wird nicht fehl gehen, wenn man dies auf die Kaustätigkeit der Konjunktur aus der Schiefbaumwoll- und Pulverbranche, welche letztere unter allen Umständen sich ihren Bedarf sichern wollen, zurückführt. Hierdurch werden die Preise für amerikanische Abfälle stetig gesteigert und die alten Abfallkonjunktur müssen sich dem stärkeren Verbrauch von ostindischen Abfällen zuwenden, die zwar wesentlich gestiegen sind, deren Preislage sich aber noch in annehmbaren Grenzen bewegt. Größere Käufe finden daher in letztgenannten Abfallsorten laufend statt und müssen letztere in immer stärkerem Maße zur Verarbeitung herangezogen werden, da die aus Abfällen hergestellten Gespinnte und Gewebe eine bestimmte Preisgrenze nicht überschreiten dürfen. — Im Wechselkursenmarkt ist das Angebot etwas reichlicher, besonders I weiße Keinfäden wurden in der letzten Zeit in großen Posten zu 68-72 Mk. offeriert. In I bunten Fäden, deren Preis heute auf 54-55 Mark steht, ist das Angebot noch knapp, ebenso in den geringeren Sorten in Weiß und Bunt.

Technisches.

Der Regulierwinkel. An einzelnen Webstühlen in Weisshohlglashütten 4 n Gera ist ein Apparat angebracht, der das Entleeren der manchmal unvermeidlichen dichten und dünnen Stellen verhindert. Man braucht nun nicht mehr durch Umschlagen des Blattes zu regulieren; sondern der Regulierwinkel zeigt an, wie weit die Kette vorgebracht werden muß.

Bermischtes.

Ein wenig mehr Freiheit! Der Delegiertentag des Verbandes Deutscher Journalisten und Schriftstellervereine nahm folgende vom Rechtsanwalt Armer Breslau aufgestellte Leitsätze an: Es soll dahin gewirkt werden, 1. daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte ausgedehnt wird auf Vergehen, die durch den Inhalt einer im Inlande erscheinenden periodischen Druckchrift begangen werden; 2. daß § 7 der Strafprozessordnung dahin abgeändert wird, daß auch bei Verfolgung im Wege der Privatklage der Erscheinungsort der Druckchrift als alleiniger Gerichtsstand anzusehen ist und der stiegende Gerichtsstand der Verbreitung beseitigt wird; 3. daß das Verwaltungsverfahren ausgedehnt wird auf Verfolgung wegen Nichtaufnahme einer Verlichtigung. Mit letzterem Leitsatz wurde ein Antrag des Korreferenten Giesen-Frankfurt a. M. angenommen, in dem namentlich gefordert wird, daß die Aufnahme von Verlichtigungen, deren Unwahrheit nachzuweisen ist, zurückgewiesen werden kann und in dem die Forderung der Einführung

elner Verjährungsfrist für den Berichtungszwang erhoben wird.

Mailänder Weltausstellung. Wirklich bedeutend und schauenswert ist die vor kurzem eröffnete italienische Seidenausstellung. 600 Industrielle haben hier in einem besonders großen Pavillon die gesamte Seidenindustrie, von der Raupenzucht bis zum fertigen feinsten Seidenbrokat, zur Ansicht gebracht und ein wirklich großartiges Bild von der Bedeutung der italienischen Seidenindustrie geliefert. Diese Seidenausstellung bildet eine Abteilung in der Arbeitsausstellung, und die gesamte Industrie wird an den dazu gehörenden Geräten, Maschinen, Spinn- und Webmaschinen von mehreren hundert Arbeitern und Arbeiterinnen, die letzteren in ihren materiellen Kostümen der Brianza, praktisch vorgeführt.

Folgende Richterworte sind für die Gewerkschafter besonders bemerkenswert: In einem Urteile des sächsischen Oberlandesgerichts über unsozialistisches Verhalten bei einem Lohnkampfe wird unter anderem folgendes ausgeführt: „Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigtesten Bestrebungen durch den Zuzug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Besserstellung der arbeitenden Verufe jeden Standes . . . anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zuzug von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf an Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der klagende Verband, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht . . . auch Vorkehrungen dahin treffen, daß die wirtschaftlich Bedrängtesten, insbesondere die mehr oder minder arbeitslosen Berufsangehörigen im Ernstfalle nicht allzuleicht ins feindliche Lager übergehen und ihre Dienste dem anbieten, der im Lohnkampfe den Vereinamtsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Verführung besonders ausgesetzt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines anderen Vorteils die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsangehörigen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben.“ Wirklich schöne Worte aus dem Munde eines Richters, nur schade, daß diese aus Anlaß eines Verzechtstretes flielen; bei solchen von Arbeitern kann man es auch anders.

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wird durch einen Bericht aus **M i t t e r d a m** in der „Germania“ abermals grell beleuchtet. Es heißt darin: „Seit einigen Tagen beschäftigt man sich allseitig in der niederländischen Hauptstadt mit einem sonderbaren Konflikt, der zwischen den beiden Syndikaten der Diamantindustrie, dem der Arbeitgeber und dem der Arbeitnehmer ausgebrochen ist. Nach dem Arbeiterausstand von 1904 schlossen beide Syndikate ein Abkommen, welches die Interessen der Arbeitgeber sicherte und auch den Forderungen der Arbeiter gerecht wurde. Man stellte u. a. einen Mindestlohn fest. Dies gute Einvernehmen zwischen Arbeit und Kapital brachte die Diamantindustrie zu neuer Blüte. Die Löhne stiegen allmählich, um aber zu verhindern, daß sie eine Höhe erreichten, die auf die Dauer die Selbstkosten beeinflussten, mußte die beiden Syndikate in einem am 1. April 1905 abgeschlossenen Uebereinkommen einen Höchstlohn fest. **L e i d e r h a t t e m a n n i c h t a l l e s v o r a u s g e s e h e n.** Neue Diamantschleifer ließen sich in Amsterdam nieder, und um Arbeiter zu erhalten, z a h l t e n s i e h i e r e r l o h n e a l s d e r H ö c h s t l o h n d e s S y n d i k a t s b e t r ä g t. Aus diesem Grunde verließen viele Arbeiter ihre Werkstätten, siedelten zu den neuen Arbeitgebern über und wurden den Syndikaten gegenüber vertragsbrüchig. Das Experiment von 1905 hat also den gehegten Erwartungen nicht entsprochen.“ — Kommentar überflüssig.

Die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Das kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. In ihr werden behandelt die Ausgaben, Einnahmen, wichtigere Bestandteile des Staatsvermögens sowie die Schulden. Die Nachweise bestehen sich durchweg für die Voranschläge auf das Jahr 1905, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1903. Insgesamt betragen nach den Voranschlägen der Bundesstaaten von 1905 die Staatsausgaben: 4434 Millionen Mark (darunter 142 Millionen Mark außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 6800 Millionen Mark (darunter 408 Millionen Mark außerordentliche). Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4410 Millionen Mark, bei Reich und Bundesstaaten auf 6785 Millionen Mark; davon sind außerordentliche Einnahmen (aus vorhandenen Beständen, Anleihen und sonstigen Staatsfonds) 137 beziehentlich 402 Millionen Mark. Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 2082 Millionen Mark Ausgaben und 2915 Millionen Mark Einnahmen an erster Stelle. Der Hauptanteil hieron kommt auf die Staatseisenbahnen mit 1472 beziehentlich 2116 Millionen Mark in Ausgabe und Einnahme. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Post, Telegraph, Staatsdampfschiffahrt und sonstige Betriebe. Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An direkten Steuern erheben die Bundesstaaten 471 Millionen Mark, an Aufwand- und Verkehrssteuern 177 Millionen Mark. Das Reich nimmt an indirekten Steuern 498 Millionen Mark, außerdem an Zöllen 588 Millionen Mark ein. Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberschüssen früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 707 885 Hektar, an Forsten 4 051 685 Hektar. Die Staatseisenbahnen haben eine Länge von 49 459 Kilometern und ein Anlagekapital von 12 963 Millionen Mark. Die hundertsten Staatsschulden beziffert sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1905 für die Bundesstaaten auf 12 181, für das Reich auf 8024 Millionen Mark, die schwebenden Schulden betragen insgesamt 244 Millionen Mark: sie kommen in der Hauptsache auf das Reich (180 Millionen Mark) und Hamburg (49 Millionen Mark).

Aufruf an die Spinner Deutschlands betreffend.

Infolge des Aufrufs in Nr. 20 unseres Fachblattes sind aus Chemnitz, Hannover, M.-Gladbach und Rheine Anfragen und Zuschriften an den Unterzeichneten ergangen. Leider sind es nur wenige Orte, welche Stellung zu einer so wichtigen Frage genommen haben, obwohl niemand verkennen wird, daß endlich etwas geschehen muß, um die Spinner vorwärts zu bringen. Zeit und Ort, wo eventuell eine Konferenz abgehalten werden soll, können jetzt nicht bestimmt werden, da zunächst eine lästige Agitation einsehen muß, damit eine Konferenz auch ihre Aufgabe erfüllt. In Nr. 24 macht Kollege Heidelberg bekannt, daß man auch dort die Absicht hat, eine Konferenz zu Stande zu bringen. Die Geraer Kollegen hätten nur ihre Absicht früher bekanntgeben müssen, damit man auch anderwärts davon wußte und Stellung dazu nehmen konnte. Wir über-

lassen jedoch gern den Geraer Kollegen das weitere. Zu den verstandenen Fragebogen habe ich zu bemerken, daß dieselben für Leipzig völlig wertlos geworden wären, da in diesem halben Jahre die Arbeits- und Lohnverhältnisse zweimal andere geworden sind. Ferner waren uns die 67 Fragen zuviel. Also, Kollegen, schickt Material nach Gera, damit die dortigen Kollegen ihre Aufgabe erfüllen können.

Die Sektion der Spinner Leipzigs.
J. H. Moritz Hermannsdorf, Leipzig,
Baumannstr. 7.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Duisburg. Es wird um die Adresse des Kollegen Leonhardt Crispentoven, Stamm-Nr. 103408, ersucht.

Düsseldorf. Um Verwechslungen vorzubeugen, sind Sendungen an die Filiale Düsseldorf nur genau nach unserem Adressenverzeichnis zu adressieren. Sind Sendungen ungenügend adressiert, etwa: „Textilverband Düsseldorf“, so ist es leicht möglich, daß die Post dieselben an den Christlichen Verband abgibt, welcher bekanntlich hier seinen Sitz hat. Um Beachtung des Vorstehenden bitten dringend Die Filiale Düsseldorf.

Als gestohlen ist zu melden das Mitgliedsbuch für Otto Schumann, Weber, aus Frankenberg, Stamm-Nr. 170026.

Ludenswade. Die Krankenunterstützung wird nur Sonnabends von 6-8 Uhr abends bei Kollegen Emil Haase, Dessauer Str. 10, ausgegibt. Mitgliedsbuch sowie ärztliche Bescheinigung resp. Krankengeld ist mitzubringen. Der Beginn der Erwerbsunfähigkeit ist innerhalb 48 Stunden ebenfalls anzumelden. Alle die Filiale betreffenden Anfragen und Bescheidigungen sind nur bei dem Vorstehenden, Kollegen Hugo Rößiger, Treuenbühner Straße 51, persönlich oder schriftlich anzubringen.

Wpau. Wegen Einführung von Personalkarten in unserm Verband laut Beschluß der Generalversammlung in Wpau werden am Anfang des 3. Quartals die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle eingezogen. Unsere Mitglieder werden deshalb ersucht, ihre Bücher in Ordnung zu bringen und den Unterfertigten auszuhandigen. Wegen Mitglieder, welche wiederholt länger als die statutarisch festgesetzte Zeit mit den Beiträgen im Rückstande sind, muß von Fall zu Fall entschieden werden und dann vom § 4 Abs. 1 unseres Statuts Gebrauch gemacht werden. Die Ortsverwaltung.

Verammlungskalender.

Verfassungen des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter.

- Bamberg. Sonnabend (Samstag) den 23. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Blauen Blode“.
- Barmen-Bischenslag. Sonnabend (Samstag) den 30. Juni.
- Bertram. Sonnabend den 30. Juni, abends 9 Uhr, im „Schützenhaus“.
- Börsch. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Bayrischen Hof“.
- Brandwebe. Sonntag den 1. Juli bei Wehmeier, Kaiserstraße 50.
- Bransche. Sonntag den 1. Juli, nachmittags 6 Uhr, bei Suxendorf.
- Braunschweig. Sonntag den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei W. Brandt, Rohlstraße 50.
- Brombach. Sonnabend den 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Wilden Mann“.
- Dülken. Sonntag den 1. Juli, vormittags 11 Uhr, bei Franz Seidel, Sächelner Straße.
- Eisenach. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Frankf. Bierhalle“.
- Elsfeld-Varmen. Sonntag den 1. Juli, vormittags halb 11 Uhr, bei Pastor Schäfer, Unter-Varmen.
- Elsfeld. Sonnabend (Samstag) den 30. Juni, abends 9 Uhr, im „Volkshaus“.
- Elsfeld. (Kartenschlager.) Sonnabend den 30. Juni, abends 9 Uhr, bei Sauerzopf, Bachstr.
- Gera. (Pfeifer und Nahmer.) Montag den 2. Juli bei Michel.
- Gößlig. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Vollenteller“, Sonnenstraße 5.
- Grünberg. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, in Wars Saal.
- Hamburg. (Polamentlerer.) Sonnabend den 30. Juni, abends 9 Uhr.
- Hefchingen. Sonnabend den 30. Juni.
- Kleinensdorf. Sonntag den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr.
- Limbach. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Jahannesbad“.
- Lahr. Sonnabend (Samstag) den 30. Juni im „Wider“.
- Mühlheim a. Rh. Dienstag den 3. Juli.
- München. Sonntag den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr.
- Münster. Sonnabend den 30. Juni.
- Niemelsheld. Montag den 2. Juli, abends halb 8 Uhr, bei Becker, Peterstr.
- Nonneburg. Mittwoch den 27. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Färkerteller“.
- Ronsdorf. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Otto Becker.
- Schwab. Sonnabend den 30. Juni, abends 8 Uhr, in der „Post“.
- Treuen i. W. Sonntag den 1. Juli, nachmittags 2 Uhr, im „Löwen“.

Sonstige Zusammentünfte.

- Berlin. (Für Wladik.) Gorkowskystraße 24 im Lokal: Zählstelle.
- Berlin. Wilmersdorf. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Ledder Straße 5: Zähltag.
- Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei J. Kubat, Blumenstraße 38: Zähltag.
- Berlin. (Sektion der Detektive.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Bollmann, Alte Jakobstraße 69: Zähltag.
- Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Engel, Sengstraße 30: Zähltag.
- Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Rerger, Felsenstraße 81: Zähltag.
- Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Samann, Marchstraße 23: Zähltag.
- Freiburg. Sonnabend den 30. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Union“: Zähltag.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Quittung.

Gau Süddeutschland. Für das 1. Quartal 1906 sind folgende Filialbeiträge beim Unterzeichneten eingegangen: Aachen 1,70 Mk., Weidlich 1,25 Mk., Sulz 1,25 Mk., Schwab-Hall 3, — Mk., Sandhofen 1, — Mk., Ubrach 2, — Mk., Schiltach 2,55 Mk., Stuttgart 9,45 Mk., Cannstatt 8,25 Mk., Maulburg 4,30 Mk., Landrecht 14,85 Mk., Waldshut 3,78 Mk., Bismarck 2,00 Mk., Mühlhausen 64,61 Mk., Colmar 12,50 Mk., Göttingen 16,10 Mk., Zell 1,05 Mk., Weimheim — 50 Mk., Ballingen 3,80 Mk., Göttingen 4,65 Mk., Freiburg 1,20 Mk., Meisingen — 30 Mk., Reutlingen 6,30 Mk.

Erluche die rückständigen Filialen, Ihren Verpflichtungen nachzukommen. Mit kolleg. Gruß
Bernard Roos, Mühlhausen i. G., Gaultschler, Ulmen-Durchgang 14.

Briefkasten.

G. G. Jeder Ausländer, der „ich willig macht“, kann ausgewiesen werden. Was unter „Ausgewiesen“ zu verstehen ist, entscheidet die Polizei. Deshalb ist die Frage, ob man wegen Tätigkeits für die Gewerkschaft als Ausländer ausgewiesen werden kann, nicht ohne weiteres zu beantworten; unter Meinung nach kann ich auch ein Ausländer durch sein Wirken für eine gewisse Zeit als „freiwillig“ und „freiwillig“ Organisationsmitglied nicht tätig machen, die Polizei ist aber oft anderer Ansicht. Pf. Wachen. In diesem Fall müßten wir von der Aufnahme absehen. Gruß.

Auerbach i. G. Auerbach i. G.
Donnerstag den 5. Juli, abends 9 Uhr, in Ulrichs Gasthof:
Öffentliche Textilarbeiter- und Textilarbeiterinnen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Lohnbewegung in der Strumpfbranche und deren Organisationsverhältnisse. Referent: Kollege Adin Reichelt. Chemnitz. 2. Diskussion. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen! Der Einberufer.

Berlin II. Berlin II.
des Deutschen Textilarbeiterverbandes.
Posamenten-Arbeiter und -Arbeiterinnen!
Sonnabend den 7. Juli, im Restaurant „Früh zum grünen Kranz“, S. Sölllich:
Sommernachtsfest in Ober-Schöneweide
Eintritt frei — Eintrittskarten sind beim Vorsteher, Otto Jacobstr. 119, zu haben — aber nur mit Einlaßkarte gestattet. Alle Textilarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins und Umgegend sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Achtung! Mylau. Achtung!
Freitag den 20. Juni, abends 9 Uhr, in der „Germania“:
Grosse öffentliche Textilarbeiter- und Textilarbeiterinnen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die gehäufte Arbeitszeit in der Textilindustrie und deren Einwirkung auf die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter. Referent: Kollege Adin Reichelt. Chemnitz. 2. Diskussion. Das Erscheinen aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, als: Weber, Färber, und Appreturarbeiter, Spinner- und Spinnereiarbeiter, sowie aller Vorbereitungsarbeiter wünscht Der Einberufer.

Achtung! Viersen. Achtung!
Sonntag den 1. Juli, vormittags 11 Uhr, bei Herrn J. W. Grünwald, Gladbacher Straße 33: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Ist die Anstellung eines Geschäftsführers für die Filiale Viersen notwendig? Referent: Kollege Heinrich Thomadenstein. Viersen. 2. Diskussion. 3. Bescheidenes. Der Vorstand.
NB. Da die Zeit hochernst ist, so ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. D. D.

Filiale Kottbus. Den Gewerbern um die Geschäftsführerstelle zur Nachricht, daß diese Stelle besetzt ist. Der Vorstand.

Geschäftsführer gesucht!
Die Filiale Rhedt (Rhld.) sucht per 1. August d. J. einen Geschäftsführer. Gehalt 1600 Mk. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Verbandsmitglied und mit den beruflichen Verhältnissen vertraut sein. Sie haben Offerte mit einer schriftlichen Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten bis zum 15. Juli an den Unterzeichneten einzureichen. Wilhelm Kofner, Rhedt (Rhld.), Neuffer Straße 114.

Geschäftsführer gesucht!
Die Filiale Begeled bei Bremen sucht zum 15. Juli, spätestens 1. August, einen Geschäftsführer. Anfangsgehalt 1400 Mk. Verbandsmitglied, welche mindestens 3 Jahre dem Deutschen Textilarbeiterverbande angehören und für diesen Vorken besichtigt sind und auf die Stelle reflektieren, werden gebeten, mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis zum 5. Juli an untenstehende Adresse ihre Offerte gelangen zu lassen. Friedrich Wählbröder, Ordn. 5. Begeled, Sonnenkamp 214.

„Lassalla“-Zigaretten 10 Stück Packung, à Mille 7 und 14 Mk., zugleich Porto und Nachnahme, empfiehlt **Emil Scholze, Hartmannsdorf** bei Chemnitz. Musterpost. 1 Mark, auch Marken. Vertreter und Wiederverkäufer überall gesucht.



Gestorben:
Geimittshan. Verbandsmitglied Bertha Streicher, 34 Jahre alt.
Gera. Verbandsmitglied Moritz Hennig und Lina Biel.
Hildesheim. Verbandsmitglied August Schmitz, 41 Jahre alt — Unglücksfall.
Langensielow. Verbandsmitglied August Sanke, 42 Jahre alt — Herzschlag; Adolf Hornig, 29 Jahre alt — Herzfehler.
Leipzig. Am 17. Juni Verbandsmitglied Ferd. Feldgiebel — Magenbluten.
Ludenswade. Verbandsmitglied Martha Dajchow, 24 Jahre alt — Proletarierkrankheit.
Sagan. Am 12. Juni Verbandsmitglied Paul Fulle, 24 Jahre alt. Verbandsmitglied August Heingel, 65 Jahre alt — Lungenentzündung. Ebro ihrem Angedenken!

Inhalt (Sauptblatt): Streitfalltafel. — An die Ortsverwaltungen! — An die Ausgahler der Krankenunterstützung. — Das Staatsinteresse bei Arbeitskämpfen. — Wohltat oder Profitmacherei? — Etwas aus den Erfahrungen des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie. — Ein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln! — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Posamentiererbewegung. — Stickerbewegung. — Gewerkschaftliches. — Soziales. — Gerichtliches. — Wirtschaftliches. — Technisches. — Vermischtes. — Aufruf an die Spinner Deutschlands betr. — Verbandsmitteilungen. — Verammlungskalender. — Quittung. — Briefkasten. — Inserate. — Losentzettel. — (Beilage) Zur Lohnbewegung bei der Firma S. F. W. Wöhrens, Neumannstr. — Die Niederlauffter Textilarbeiterbewegung und der in Aussicht stehende Streit in Garmersfeld. — Lohnbewegung der Weber und Weberinnen Landrechts. — Die bestehenden Einrichtungen zur Verhinderung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. — Strukturverhältnis aus Wachen. — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Heftelüber VII.
Verleger: Chemens. Bleweg, Döbeln. Redakteur: Paul Wagener. Chemnitz. Drucker: Langhans & Co., Chemnitz.
Zweiter Beilage.

Beilage zu Nr. 25 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 22. Juni 1906

Zur Lohnbewegung bei der Firma S. F. W. Mehrens, Neumünster.

Die Verhandlungen zwischen dem Ausschusse der Weber und der Firma können als endgültig erledigt betrachtet werden. Es wurde vereinbart folgende

Lohntabelle.

Einfache Ware: Berechnung per 1000 Schuß.	
4000 u. mehr Meter Garn, 3 Schützen, 180 cm breit, Grundlohn	13 1/2 Pf.
2000-4500 " " " " " " " " " " " "	13 1/2
1000 u. höher " " " " " " " " " " " "	13 1/2
2000-1500 Meter Garn, 3 Schützen, 180-210 cm breit, mit mehreren Schußarten	13 1/2
mit mehr Schützen wie 3, per Schützen	13 1/2
Zuschlag	13 1/2
Bei Waren, welche in Abständen von 2 cm und höher mit Kordelrößen gearbeitet werden, wird der erste Kordel-Schützen nicht berechnet.	
Doppel-Ware:	
3 volle Ketten, 3 Schützen, Grundlohn	14
mit Binselette	14 1/2
Zuschlag a. d. Seiten	14 1/2
für jeden weiteren Schützen wie 3, per Schützen	14 1/2
Decken:	
8000 und mehr Meter Garn	Grundlohn 16 1/2
für 2000 und mehr Meter Garn für Ganzwolle-Ketten	16 1/2
für 180-210 cm breite Decken	16 1/2
Geschirreinhängen:	
4 Schaff	30
jeder weitere Schaff	10
Geschirreinstreihen:	
pro 100 Fäden bis 8 Schaff	Grundlohn 10
jeder weitere Schaff	10
Kontra-Verstärkung	10
Geschirmachen:	
pro 100 Algen aufsteden	12
Blattfäden:	50
Silfsäumen: per Stück	10
Anknoten:	
1 Gelele per 100 Fäden	8
2 " " " "	10
3 " " " "	10
Mustermachen:	
Grundlohn für Anoten und Weben und 20 Proz.	
Tagelohn je nach Leistung der letzten 10 Wochen 3-3,50 Mk.	
Anbringung von Schuhfäden:	
(+ bedeutet mehr als Grundlohn.)	

Dieser Lohnvertrag hängt in der Fabrik sichtbar aus, jedoch jeder Weber sich darüber vergewissern kann, was er für seine Arbeit bekommt. Vor der Bewegung waren Lohnverträge gänzlich unbekannt. Die Organisationskraft ist lediglich der Einzeltät der Weber, gestützt auf die Organisation, voll und ganz zurückzuführen. Möge dies wiederum ein Beweis sein für alle diejenigen, die der Organisation noch fernstehen, daß nur etwas erreicht werden kann durch die Organisation!

Die niederläufiger Textilarbeiterbewegung und der in Aussicht stehende Streik in Sommerfeld.

Die ganze Bewegung ist in ein neues Stadium dadurch geraten, daß wie schon gemeldet, eine große gewaltige Textilarbeiterversammlung, welche am Donnerstag den 7. Juni im „Kurfirstensaale“ zu Sommerfeld stattfand, einstimmig den Beschluß faßte, in den Streik einzutreten.

Noch einmal wollen wir auf die Entwicklung der Bewegung eingehen, um nachzuweisen, daß die Arbeiter alles versucht haben, um die ganze Angelegenheit friedlich aus der Welt zu schaffen, das Unternehmertum aber alle Verhandlungen ablehnte. Bereits im November 1904 reichten die Niederläufiger Textilarbeiter die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages ein. Antwort auf das Schreiben sollte bis zum 1. März 1905 erfolgen. Die Fabrikanten hatten es aber nicht für notwendig gehalten, zu antworten. Von einem energischen Vorgehen seitens der Arbeiter konnte keine Rede sein, weil erstens das Organisationsverhältnis zu schlecht war, und zweitens eine langanhaltende Krise in der ganzen Lausitz eintrat. Die Textilarbeiter kamen aber wieder, denn als im Sommer 1905 alle Lebensmittel bedeutend im Preise stiegen, worunter die Textilarbeiter ganz besonders zu leiden hatten, wurde man sich klar, daß man abermals Forderungen stellen müsse, und zwar nicht nur die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages, sondern auch die der Erhöhung des Lohnes um 20 Prozent. Im November 1905 fanden große öffentliche Textilarbeiterversammlungen statt, in welchen obige Forderungen besprochen und einstimmig angenommen wurden. Man faßte überall den Beschluß, bis zum 15. Januar 1906 wolle man die Antwort der Fabrikanten entgegennehmen. Die Fabrikanten antworteten abermals nicht, sondern gründeten am 15. Januar den Arbeitgeberbund für die Lausitz. Die Arbeiterbewegung ließ sich aber durchaus nicht einschüchtern, sondern nahm nach dem 15. Januar sofort Stellung zu dem Verhalten der Unternehmer. In großen Versammlungen wurde beschlossen, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Als Mittel, die Forderungen durchzusetzen, wurden Betriebsausschüsse vorgeschlagen. Man ging nun sofort an die Arbeit, um überall Betriebsausschüsse zu wählen. Bis Anfang Mai waren die Vorarbeiten soweit erledigt, daß man beschloß, die Ausschüsse am 11. Mai vorzustellen werden zu lassen, um durch sie folgende Forderungen vorzutragen zu lassen: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. 2. Die Erhöhung der Löhne um 20 Prozent. 3. Anbringung von Schuh- oder Stuhlsohlen in allen Betrieben, wo solche noch nicht vorhanden sind. 4. Anerkennung von Arbeiterausschüssen.

Wie die Ausschüsse empfangen wurden, und was man ihnen geantwortet hat, haben wir schon in der Nummer vom Freitag den 17. Mai herpor. Sofort nach dem 11. Mai erstatteten die Arbeiterausschüsse überall in überfüllten Versammlungen Bericht über den Gang der Verhandlungen. Einstimmig war man überall der Überzeugung, daß man die Arbeiter nur verhöhnt habe und daß die Arbeiter keinesfalls zustimmen geben könnten. Man stellte dem Unternehmer ein Ultimatum, in welchem man bis zum 1. Juni von ihnen Antwort darüber verlangte, ob sie gewillt seien, mit einer aus 5 Personen in jedem Orte aus den Ausschüssen gewählten Kommission nochmals zu verhandeln. Aber auch hierauf erfolgte keine Antwort. Man beschloß abermals, die Arbeiterbewegung entscheiden zu lassen. Es wurde bestimmt, in Sommerfeld die erste Versammlung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Die Niederläufiger zehnstündigen und Lohnbewegung und wie stellen wir uns dazu?

Das Referat hatte Kollege Koyke. Einleitend gab der Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß endlich die leidige Saalfrage ihre Erledigung gefunden habe. Hoher hatte die Arbeiterbewegung kein Lokal, so daß man sich mit einer alten Tischlerwerkstatt begnügen mußte. In diesem Räume wurden auch alle Vorarbeiten zur jetzigen Bewegung getroffen. Da das für die Bewegung sehr charakteristisch ist, werden in den nächsten Tagen den Filialen die Photographien von dem Versammlungsraume zugehen, aus denen zu ersehen ist, unter welch unwürdigen Verhältnissen die Lausitzer Arbeiterbewegung zu kämpfen hatte. Nach einem Rückblick über den Gang der Verhandlungen von Anfang an, betonte der Redner, daß diese Versammlung die Entscheidung über die Textilarbeiterfrage in sich birge. Mit scharfen Worten gestellte er, daß die Unternehmer auf wiederholte anständig gehaltene Fragen es nicht für notwendig gehalten haben, wenigstens eine anständige Antwort zu erteilen. Durch einen Anschlag in den Fabriken hat man wohl bekannt gemacht, den zehnstündigen Arbeitstag einzuführen, aber von der Hauptforderung: Erhöhung der Löhne, nichts verlauten lassen. Er fragte nun: „Wollt ihr das Angebot der Fabrikanten annehmen?“ Erregtes einstimmiges „Nein!“ „So wollt ihr den Kampf aufnehmen?“ „Ja, ja wir haben uns lange genug an der Nase herumführen lassen!“ „Run gut, so trefft die Entscheidung; so wie ihr bestimmt und beschließt, so wird's gemacht!“ Und man beschloß unter großer Begeisterung, in den Streik einzutreten.

Inzwischen wurden alle Vorarbeiten getroffen, um an dem nächsten Kündigungstage in 7 Betrieben die Kündigung vorzubereiten. Es haben dann auch am Mittwoch den 13. Juni über 90 Prozent aller Arbeiter in 7 Betrieben die Kündigungsscheine unterschrieben, mit einer Begeisterung, wie man sie noch nie erlebte. Am Sonnabend den 16. Juni folgten weitere 4 Betriebe fast einstimmig, so daß von ungefähr 1250 Arbeitern in 11 Betrieben in den Streik treten werden; ein Prozent, der jeden überraschen muß, der aber erklärlich wird, wenn man bedenkt, unter welch schlechten Verhältnissen dort die Leute fronen müssen. Die gesamte Bevölkerung steht mit sehr wenigen Ausnahmen durchaus auf Seiten der Arbeiter. So zieht denn die Sommerfelder Arbeiterbewegung in den Kampf für eine wirklich gerechte Sache. Die Arbeiterbewegung ist entschlossen, den Kampf siegreich zu Ende zu führen.

Hervorheben wollen wir noch, daß die Fabrikanten durch die Kündigungen vollständig überrascht worden sind. Daß man dieselben fast einstimmig vollziehen würde, hatten sie wohl nicht geglaubt. Sie werden sicherlich auch alles versuchen, die Arbeiter von den gestellten Beschlüssen abzubringen, was schon jetzt als vollständig verfehlt angesehen werden kann, denn daß inzwischen die Erbitterung gewaltig gestiegen ist, braucht ja nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Wie die Stimmung ist, beweist so recht ein Bericht der bürgerlichen Presse, in dem es heißt: „An die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Rieslich knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion, während welcher nicht nur die männlichen, sondern mehr noch die weiblichen Anwesenden ihrem Herzen gehörig Luft machten und Sachen aus einzelnen Betrieben zur Sprache brachten, die wir hier nicht wiedergeben können.“ Verschwägerter wollen wir aber nicht, daß ein ganzer Betrieb mit über 100 Leuten die Arbeit nicht einstellt. Am Freitag den 15. Juni ist bei der Schließlichen Tuchfabrik R. Wolff, (A.G.) in Grünberg eine Einigung in Betreff Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung zwischen der Direktion und den Arbeitern durch Vermittlung der Vertreter der beiden Sommerfelder Organisationen: Deutscher Textilarbeiterverband und Gewerksverein der Stuhlarbeiter, zustande gekommen. In einer am Abend desselben Tages abgehaltenen Fabrikversammlung wurden die Abmachungen der Vertreter mit der Direktion von der Arbeiterbewegung genehmigt.

Man ersieht daraus, daß es möglich ist, eine Verständigung herbeizuführen, wenn man nur will, denn was in der schließlichen Fabrik möglich war, kann in den anderen Betrieben nicht unmöglich sein, zumal die Schließliche Tuchfabrik tatsächlich schon 15 bis 20 Prozent höhere Löhne als andere Fabriken zahlt. Trotzdem konnten immerhin annehmbare Erhöhungen durchgesetzt werden. Das ist aber auch ein Beweis für die Arbeiter, daß durch treues festes Zusammenhalten manches erreicht werden kann. Darum rufen wir der Arbeiterbewegung zu, daß jetzt noch mehr als je das Wort gilt: In der Einzeltät liegt eure Stärke, darum seid einig, einig, einig, dann wird, dann muß der Sieg der Sommerfelder Arbeiterbewegung werden!

Lohnbewegung der Weber und Weberinnen Lambrechts.

Wie jedem Leser des „Textilworkers“ noch bekannt sein wird, standen die Weber und Weberinnen Lambrechts im Jahre 1905 in einer Lohnbewegung, welche am 18. Dezember beigelegt wurde. Bei der Schiedsgerichtssetzung am 1. Dezember wurde von dem Fabrikantenverein ein Arbeitervertreter ein für und fertiger Weblohntarif auf Schußzahlungen vorgelegt, mit dem Bemerkten, daß man den Webern und Weberinnen mit diesem Tarif entgegenkomme, indem er eine zehnprozentige Lohnerhöhung bringen werde. Aber es dauerte nicht lange, und es wurden von den Webern wieder neue Klagen laut; denn als einmal unter Kontrolle der Schußzahlungen einige Ketten abgewebt waren, machte sich bei verschiedenen Webartikeln gegen den alten Tarif ein bedeutender Verlust bemerkbar. Die Fabrikanten wurden darauf ersucht, den Tarif einer Revision zu unterziehen. Das wurde auch für nach Ablauf des Monats Juni 1905 versprochen. Eine sehr gut besuchte Versammlung erblühte darin eine Verschleppung der ganzen Bewegung. Es wurde nur bis Samstagabend Antwort auf eine in diesem Sinne gehaltene Resolution verlangt. Die Antwort war, daß der Fabrikantenverein sich vor Ablauf dieses Monats in keine Unterhandlungen einlassen könne, da die Resultate des neuen Weblohntarifes von mindestens einem Vierteljahr vorliegen müßten, um dessen praktischen Erfolg richtig beurteilen zu können. Es sei klar, daß diese wenigen Tage nicht als Verschleppung betrachtet werden könnten. Man werde rechtzeitig weitere Mittelungen machen. Ob die Weber und Weberinnen mit dieser Antwort einverstanden sind, wird die Versammlung, welche am Mittwochabend 8 Uhr stattfinden sollte, gezeigt haben. Da 95 Prozent der Weber und Weberinnen organisiert sind, repräsentieren sie also eine erhebliche Macht. Die Kollegen und Kolleginnen Deutschlands werden ersucht, den Zug nach Lambrecht zu vermeiden.

Die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit.

Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ teilt mit: „Im Verfolge eines vom Reichstag am 31. Januar 1902 gefaßten Beschlusses ist auf Veranlassung des Bundesrats das kaiserliche Statistische Amt beauftragt worden, festzustellen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind. Die demgemäß ausgearbeitete Denkschrift liegt nunmehr vor.“

Die Darstellung ergibt, daß es sich bei der vorübergehenden Arbeitslosigkeit begrenzter Personenteile in der Volkswirtschaft um eine wirtschaftliche Erscheinung handelt, welcher eine gewisse Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit zukommt, die sowohl nach dem Zeitpunkt wie nach der Dauer und dem Umfang auf Grund längerer Beobachtung als absehbar zu betrachten ist und unter diesem Gesichtspunkt an sich für eine Versicherung unter rein versicherungsgemäßen Gesichtspunkten unüberwindliche Schwierigkeiten wohl nicht bieten würde. Ferner zeigt sich, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen sehr verschieden ist, dementsprechend auch das Bedürfnis einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig in allen Berufen besteht.

Die Schwierigkeiten einer Versicherung ergeben sich vor allem bei der Feststellung und Begrenzung des Begriffs der zur Unterhaltung berechtigten Arbeitslosigkeit und bei der Kontrolle der Durchführung dieser Feststellung in der Praxis sowie bei der Regelung der Frage über die Pflicht zur Annahme von Arbeit.

Was die Frage betrifft, ob und in welcher Weise öffentliche Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden sollten, so würden bei allgemeiner obhutspflichtiger Arbeitslosenversicherung in weitem Maße Berufstätige belastet werden, für welche die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht besteht oder sehr gering ist, während andererseits eine dem Risiko entsprechende Abnutzung der Beiträge sehr schwierig ist.

Die Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Selbsthilfe ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ist für begrenzte Arbeiterkreise, vor allem in der gewerkschaftlichen Organisation, in allen Ländern gelungen. Die Arbeiter erkennen aber die alleinige Selbsthilfe als die normale Form der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nur in begrenztem Maße an. Sie stehen auf dem grundsätzlichen, von anderer Seite bestrittenen Standpunkte, daß die Verweisung des Arbeiters auf die Selbsthilfe ihn zu Unrecht befaßt, da die Arbeitslosigkeit eine Folgeerscheinung der geltenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei; deshalb sollen die Kosten der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit von der Gesamtheit getragen werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß dieser Gesichtspunkt sich nicht auf die Handarbeiter beschränkt läßt, sondern in gleicher Weise für alle wirtschaftlich unselbständigen Personen geltend gemacht werden könnte, und daß diese Art der Begründung in ihren Konsequenzen zu der Forderung einer öffentlichen Versicherung aller wirtschaftlich unselbständigen Personen führen müßte. Die gleiche Auffassung führt die Arbeiter auch zur grundsätzlichen Ablehnung des Sparzwanges als Erläuterung der Arbeitslosenversicherung.

Alle Vorschläge sind darin einig, daß von wesentlicher Bedeutung für jede Form einer Arbeitslosenversicherung das Vorhandensein und die Verwirklichung der Arbeitsvermittlung ist. Der Darstellungs ihres Standes in Deutschen Reich ist der zweite Teil der Denkschrift gewidmet.

Bei der Würdigung der Frage, inwieweit der gegenwärtige Zustand genügt oder geeignet wäre, einer Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung als Unterlage zu dienen, gelangt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß dies im ganzen genommen in Deutschen Reich heute noch nicht der Fall ist, und daß der Ausbau, die Zusammenfassung und die organische Verbindung der einzelnen Formen des Arbeitsnachweises erst erfolgen muß, um die Vorbedingungen für die Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems zu schaffen.“

Die Denkschrift ist in Carl Henmanns Verlag erschienen und im Buchhandel für den Preis von 27 Mk. zu beziehen.

Situationsbericht aus Aachen.

In nachfolgendem wollen wir zeigen, welche Gefühle die beendete Aussperrung sowie die sonstigen Vorkommnisse in der letzten Zeit im Bereich des Aachener Bezirks bei den Arbeitern hinterlassen haben. Es wird allen Lesern unseres Fachblattes noch bekannt sein, mit welchem Jubel die Ausarbeitung des allgemeinen Lohntarifs von Seiten des Christlichen Verbandes im vorigen Jahre begrüßt wurde; es mag auch unter anderen Mitgliedern noch welche gegeben haben, die eine gewisse Hoffnung auf das Zustandekommen eines allgemeinen Lohntarifs für unseren Bezirk hegten. Aber jetzt wissen viele, daß es die christlichen Gewerkschaften nicht sind, denen man zutrauen kann, Arbeiterinteressen zu vertreten. Die jetzige gute Konjunktur verstreicht ausgenutzt. Jetzt wäre es aber Pflicht, die Arbeiter in ihrem Vorwärtstreben zu unterstützen und ihnen zu helfen durch Wort und Schrift.

Die christlichen Führer, welche in diesem Falle gemeint sind, werden vielleicht dieses Verlangen als Gehartheit hinstellen; das läßt uns aber kalt. Wenn wir, die Arbeiter, in einer oder in der guten Konjunktur suchen, mit „Gewalt“ einen Schritt nach vorwärts zu drängen, so tun wir nur ganz dasselbe, was die Unternehmer bei schlechter Konjunktur tun, wenn sie uns einen Schritt zurückdrängen oder uns Erreichtes wieder illusorisch zu machen versuchen. So schwant heute tatsächlich die Waage; Macht steht gegen Macht. Wer am standhaftesten ist, auf dessen Seite wird auch das „Recht“ sein.

Der stille Beobachter muß nach dem Kampf eine gewisse Gleichgültigkeit bei dem Gros der Aachener Arbeiter bemerkt haben; man sieht viele unerschlossen hin- und herpendeln. Das Vertrauen zu den christlichen Führern — das läßt sich nicht mehr leugnen — ist in seinen Grundfesten erschüttert, denn die Führer haben ihren Gefährten etwas starren Tadel vorgelegt. Diese Beobachtung macht man am besten, wenn man die verschiedenen Ansprachen unter den christlichen Arbeitern zu hören bekommt, auch lesen wir an den Heberititen, daß es größtenteils nur langjährige Mitglieder sind, welche dem Christlichen Verbande den Rücken kehren. Welches „Vertrauen“ die christlichen Führer noch besitzen, zeigt auch der Umstand, daß ausgeschlossene und ausgeschlossene Mitglieder des Christlichen Ver-

Handes in Nachen versuchen, einen neuen Verband unter dem Namen „Deutschnationale Textilarbeiter“ zu gründen. Auch in Cuxen ist „aus lauter Zutrauen“ ein Lokalverband gegründet worden. Wenn auch das Vorgehen dieser Leute durchaus nicht zu billigen ist, so ist es aber zu begreifen; auch diese Arbeiter werden und müssen mit der Zeit zu der Überzeugung kommen, daß der Organisation der Arbeitgeber eine einzige Stromme Arbeiterorganisation gegenübergestellt werden muß.

Wie es innerhalb einiger Ortsgruppen des Christlichen Verbandes aussieht - alles kommt uns ja nicht zu Ohren - dafür auch einige Beispiele. In Kettens bei Cuxen sollte Versammlung sein; zu dieser Versammlung kamen, wieder aus purem Vertrauen zu den Führern, der Ortsgruppenvorstand und - fünf Mann. In Scherpenseel bei Geilenkirchen haben fast sämtliche Mitglieder ihre Bücher dem Vorsitzenden zur Abmeldung übergeben; der Ortsgruppenführer beizubehalten diese nicht weiter, weil er aus lauter „Zutrauen“ sich nicht mehr um die Sache bekümmert. In Raeren hat sich der dortige Vorsitzende erlaubt, eine „öffentliche Versammlung“ mit freier Diskussion einzuberufen und wollte uns zwecks freier Aussprache Zutritt zur Versammlung gestatten. Dieses freimütige Handeln mußte der Vorsitzende mit Ausschluß aus dem Christlichen Verband wegen „Ungehorsams“ büßen. In Brand bei Nachen tagte am 28. Mai eine Versammlung von 29 Mitgliedern bis gegen 2 Uhr nachts, wieder ein Zeichen, daß die Mitglieder mit den Führern „voll und ganz einverstanden“ sind. In Ennatten ist überhaupt kein Vorstand mehr zusammenzutreffen, der seiner Aufgabe gewachsen wäre. Auch in Nachen-Stadt hat es langausgedehnte Versammlungen gegeben. Den tatsächlichen Verlauf dieser Versammlungen bringt man nicht, nur ein rüdes Geschimpfe über die „Genossen“ und die „Rheinische Zeitung“. Dies sind doch alles Zeichen, daß etwas faul ist im „Staate Dänemark“.

Auch weichen die christlichen Führer einer freien Aussprache mit uns behutlich aus; den geringsten Widerspruch innerhalb ihrer „Reihen“ dulden sie nicht. Am liebsten möchten sie den ganzen Nachener Bezirk in ein Inquisitionsgelängnis verwandelt wissen, damit ihre Schelmerie nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Besser wie wir wissen es aber die christlichen Führer selbst, wie es mit dem Vertrauen ihrer Mannen bestellt ist, denn das zeigt das bedenkliche Schweigen in Wort und Schrift in letzter Zeit.

Was unseren Verband betrifft, ist zu bedauern, daß die Mitgliederzahl langsam, aber stetig steigt. Das erste Tausend ist überschritten, die Entwicklung ist eine gesunde zu nennen. Wie ja vorauszu sehen war, hat die Ausperrung vielen die Augen geöffnet und auch vielen das Klassenbewußtsein geteilt. Wir haben also keine Ursache, beklüßelt in die Vergangenheit zu blicken, unser Blick muß sich vielmehr fähig nach vorwärts wenden, der Zukunft und neuer Arbeit entgegen.

Die augenblickliche Geschäftslage ist eine durchweg gute zu nennen, leider wird sie aber, wie oben schon erwähnt, ohne nennenswerte Vorteile für die Arbeiter verstreichen.

Die Spinnerereien sind mit Ausfällen geradezu überhäuft, weil vorwiegend Woll- oder Füllschuß, sowie sehr viele Ball-Unterwerke Verwendung finden. Auch in der Sektion Spinnererei mühten sich die dort beschäftigten Arbeiter einmal mehr als bisher um ihre gewerkschaftliche Organisation kümmern, damit auch bei ihnen einmal angeht werden könnte, ihre überaus schlechte Lage zu verbessern; denn überlange Arbeitszeit und knappe Löhne passen durchaus nicht in unsere Zeit teuerer Lebenshaltung.

Die Weberereien haben auch vollauf zu tun; das Arbeitsangebot übersteigt enorm die Nachfrage der Arbeiter. Hier wäre mancher kleine Vorteil zu erzielen, wenn hier an Stelle ein anderes Organisationsverhältnis bestände, welches es nicht dulden würde, daß alle bescheidenen Forderungen auf die lange Bank geschoben würden.

In der Appretur stehen die Arbeiter einiger Betriebe in Lohnbewegungen, so bei der Firma Scheins u. Neß, wo die Arbeiter schon seit Wingen im Zustand sich befinden. In mehreren anderen Fabriken sind die Appreturarbeiter vorzeitig geworden und haben auf diese Weise ihren Lohn um ein Bedeutendes erhöhen können. Es war aber auch sehr nötig, daß diese Kategorie Arbeiter sich einmal aufrüstete und sich dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande anschloß. Trifft man doch bei den Weibern noch Arbeitszeiten von 84 Stunden pro Woche, ja vereinzelt 100 Stunden, bei einem Lohn, der jeder Beschäftigten die ganze erbärmliche Lage dieser Arbeiter auf Grund einer aufgenommenen Sattheit vor Augen führt. Das, was die Leute in der Appretur erreicht haben, ist dadurch erreicht worden, daß sich dieselben unserer Verbände anschlossen und dann einmütig voringingen, wie es sich für ehrliche Arbeiter ziemt.

Der Stein ist im Rollen. Mögen sich alle Kollegen in der Appretur ihrer Lage bewußt werden, sich unserem Verbände anschließen, um dann mit vereinter Kraft zu erringen, was dem einzelnen unmöglich ist.

An alle Arbeiter Nachens ergeht deshalb der Ruf: Begreift den Geist der Zeit, und schließt euch fest zusammen, um gemeinsam einer besseren Zukunft entgegenzugehen!

Mitteilungen aus Fachreisen.

Barmen. (Berichtigung.) In dem Bericht in Nr. 23 über „Christliche Gerechtigkeitsliebe“ muß es heißen, daß unbedingt der Schwager des Meisters (nicht des Werksführers) der Arbeitgeber sein muß usw.

Berlin. Am 14. Juni fand im „Königsstadt-Kasino“ eine Versammlung der hiesigen Zirkeln statt, in welcher Kollege Franz Kopske über „Die Zehnstundenbewegung in der Niederlausitz“ referierte. Er schilderte das unglückliche Elend, die frivole Ausbeutung sowie die hunds-gemeine Behandlung der Textilarbeiter seitens der Kapitalisten und sprach dann die gegenwärtige Bewegung. In der Diskussion sprach Frau Droschke und ermahnte die Anwesenden, nur ihrer eigenen Stärke zu vertrauen und alles aufzubieten, um den Sieg der uns bisshen Freiheit und Brot kämpfenden Kollegen zu ermöglichen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Proletariat-Konferenz in Berlin und Wahl des Delegierten zu beschließen“ hatte Kollege Laß eine Resolution eingebracht, welche dahin ging, den sich des Gauklers dorthin zu verlegen, wo eine größere Textilindustrie vorhanden ist. Dieses wäre in einem Orte der Niederlausitz. Dem widersprach Kollege Kopske, welcher für die Beibehaltung Berlins war. Die Resolution wurde von der Versammlung abgelehnt. Zum Delegierten wurde Kollege Statiuski gewählt.

Wollenhain. Hier wollte vor kurzem Herr Sanders jun. aus Braunschweig, um Arbeitswillige zu werden. Seine Mühe war umsonst; wir lassen uns nicht zu ehrlösen Lumpen machen. **Burgstädt.** Das Geschäft in der Handschuhbranche geht flott. Auf Anregung der Organisation wurden zwar die hiesigen Fabrikanten schon vor längerer Zeit die zehnstündige Arbeitszeit und zum Teil auch geringe Lohnzulagen bewilligen.

Damit braucht man sich aber nicht zu begnügen. Es wäre an der Zeit, die Organisation noch mehr zu stärken und Fabrikversammlungen einzuberufen, um weitere Forderungen zu stellen. Die Fabrikanten können die Handschuhe nicht selber machen. Zu rügen ist, daß viele Handschuhzuschneider noch Arbeit mit nach Hause nehmen. Was nützt denn da die Arbeitszeitverkürzung in der Fabrik!

Gebweiler. Wie es dem Arbeiter geht, wenn er sucht seine Lage und die seiner Kollegen zu verbessern, zeigt uns nachfolgender Fall. In der Spinnerei Gebweiler wurde einem Kollegen gekündigt, und am Abend desselben Tages wurden ihm seine Papiere ausgehändigt, aber auch der Lohn für die Kündigungserklärung von 14 Tagen, was auch recht war. Auf Vorstellungen erklärte der Fabrikbesitzer, daß er diesen Arbeiter überhaupt nicht mehr in der Fabrik haben wolle. Für diesen und alle anderen ergibt sich daraus, um so fester zur Organisation zu halten, gegen welche sich der Schlag doch nur richtet.

Gera. (Der Mindestlohn.) Die Färbereifirma Louis Hirsch hier wurde vom Gewerbeamt verurteilt, an drei Akkordarbeiter, weil diese bei der Akkordarbeit den Mindestlohn (2,40 Mk. pro Tag) nicht erzielten, das Fehlende auszu zahlen. Diese Klagesache hatte bereits den Schlichtungsausschuß und auch das Gewerbeamt beschäftigt. Der Schlichtungsausschuß hatte den Beschluß gefaßt, daß alle Akkordarbeiter, über 18 Jahre alt und über sechs Monate in der Färbereibranche tätig, Anspruch auf den Mindestlohn haben. Die Kläger gingen nun an das Gewerbeamt, den rückständigen Lohn verlangend. Dort machte die Beklagte geltend, daß die Kläger einen Revers unterzeichnet hätten, laut dem sie auf den Mindestlohn verzichteten. Der Färbereimeister sagte, als die Arbeiter nicht unterzeichnen wollten: „Unterschreibt nur, wenn ihr bei dem Akkordlohn den Mindestlohn nicht erreicht, wird das Fehlende daraufbezahlt.“ Schließlich verzichtete die Firma auf die Anerkennung der Wirksamkeit des Reverses und verlangte vom Gewerbeamt ein Urteil, ob Akkordarbeiter den Mindestlohn zu beanspruchen haben. Zu der am 15. Juni angelegten Sitzung war als Vertreter für einen der Kläger der Gauleiter A. Bretschneider erschienen; als Sachverständige: Färbereibesitzer Köpcke und Appreturarbeiter Krißsche. Nach langer Verhandlung kam das Gewerbeamt zu dem Urteil, daß Akkordarbeiter, wenn sie in Akkordarbeit den Mindestlohn von 2,40 Mk. pro Tag nicht erreichen, wöchentlich auf den Mindestlohn Anspruch haben. Es sei unstatthaft, den Jahresakkordlohn erst abwarten zu lassen, um dann eventuell bis zum Mindestlohn nachzuschlagen. — Wir erwarten nun von allen Akkordarbeitern, daß sie den garantierten Mindestlohn jede Woche beanspruchen. — Die Färbereifirma Hofmann jun. war ebenfalls vor das Gewerbeamt geladen. Ein Arbeiter, der bei seinem Arbeitsantritt über sechs Monate in der Branche beschäftigt war, verlangte den Mindestlohn. Im Vergleichswege erhielt er 31,71 Mk. nachbezahlt.

Görlitz. Die Görlitzer Textilarbeiter ermahnen! Nachdem fast überall in Schlessen, besonders aber im Enlengebirge, die Textilarbeiter durch ihr gezieltes Vorgehen zum Teil nicht nur den Zehnstundentag, sondern auch fast ohne Ausnahme eine dementsprechende Lohnerhöhung errungen hat, beginnt es auch unter den Görlitzer Textilarbeitern sich zu regen. Schon Mitte vorigen Monats wurden von der hiesigen Verbandsstelle für die meisten hiesigen Textilfabriken Betriebsversammlungen einberufen, um mit den betreffenden Arbeitern über die Aufhebung ihrer unzureichenden Lebensverhältnisse zu beraten. In einer am 9. Mai im Kongerthause tagenden Betriebsversammlung der Firma Müllers u. Kaufmann wurde beschlossen, mit einer Lohnforderung und der Forderung der Festlegung des Zehnstundentages an die Firma heranzutreten. Die Verhandlung wurde beauftragt, in dieser Sache mit der Firma zu unterhandeln. Doch wie vorauszu sehen war, fand es die Betriebsleitung nicht einmal für nötig, auf die so berechtigten Wünsche ihrer Arbeiter zu antworten. Jedoch ganz ohne Eindruck auf die Firma ist das Vorgehen der Arbeiterschaft nicht geblieben, denn man vermachte eine Lohnerhöhung von 5 Prozent sowie eine Entschädigung von 25 Pf. für das Scheitern des Forderungsbekandes bei den Werkstätten, welche Arbeit bisher unentgeltlich, zum Teil zu gesetzlich unzulässiger Zeit, nach Feierabend oder Sonn- und Feiertags, ausgeführt wurde. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma treten jetzt massenhaft der Organisation bei. Da wurde einer organisierten Weberin, welche 18 Jahre treu und fleißig im Betriebe gearbeitet hat, wegen einer geringfügigen Ursache am Freitagabend gekündigt! Sollte die Betriebsleitung etwa glauben, durch diese Kündigung, die von den Arbeitern als Maßregelung betrachtet wird, die Arbeiter zu verblüffen, so ist sie im Irrtum. Hierdurch werden erst recht den nach Fernstehenden die Augen geöffnet und es kommt ihnen zum Bewußtsein, was ihnen blühen kann, wenn sie andert halbes Jahrzehnt zu den bei der Firma üblichen Löhnen gearbeitet haben. Wie tiefe Erregung unter der Arbeiterschaft herrscht, zeigte die überfüllte Versammlung, welche am 8. Juni im „Goldnen Löwen“ stattfand und in welcher Gauleiter Ritsch aus Riegnitz referierte. Einstimmig wurde beschlossen, an den gestellten Forderungen festzuhalten, insbesondere die Einführung eines geregelten Lohnsystems zu verlangen. (In der Weiber der Bezugsleitung nach Metern, statt wie bisher nach Stück.) Der Betriebsleiter, Herr Nagel, hat zwar erklärt, daß die Weber froh sein können, wenn sie noch 130 Meter Stücklänge für dasselbe Geld arbeiten dürfen. Es liegt an den Arbeitern, ihn eines Besseren zu belehren. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde beschlossen, erneut vorstellig zu werden in bezug der gestellten Forderungen und nicht eher zu ruhen, bis dieselben erfüllt sind. An die Arbeiterschaft aber ergeht die Aufforderung, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, dann wird es ein leichtes sein, die Fabrikleitung zur Annahme der gestellten Forderungen zu bewegen. Denn daß das Verlangen der Arbeiterschaft nur gerecht ist, muß jeder, dem die Verhältnisse nur einigermaßen bekannt sind, anerkennen. Ueber die weiteren Schritte wird in einer folgenden Betriebsversammlung beschlossen werden.

Kasseleratern. Die Mitgliederversammlung vom Samstag den 9. Juni war schwach besucht, was auf Maßregelungen zurückzuführen ist. Kollege Scherer erstattete Bericht über die Bezirkskonferenz in Samboch. Die Debatte war eine lebhafte. Der Kartelldelegierte erstattete Bericht. Dann wurden zwei Mitglieder, welche sich einer Denunziation schuldig gemacht haben, aus dem Verbände ausgeschlossen. Nach einem Bericht der Gemahrgestellten und Debatte darüber wurde allen Gemahrgestellten die Unterstüßung bewilligt. Nach der Wahl eines Kartelldelegierten wurde eine Erklärung gegen die Ausschaltung eines Meisters der Kammgarnspinnerei betreffs unseres Unterstüßers beschlossen. Die nächste Mitgliederversammlung muß vollzählig besucht werden! — Am Freitag den 8. Juni hatten wir eine Bezirksversammlung, die sehr stark besucht war. Kollege Scherer referierte über: „Was ist das Glück der Menschheit auf Erden?“ Es wurden 18 Aufnahmen gemacht. Eine Arbeiterin war aufgestellt worden, um die Versammlungsbesucher namhaft machen zu können, was aber vereitelt wurde. Die Meister der Kammgarnspinnerei setzen alle Sebel in Bewegung, um die Organisation zu vernichten. Sie suchen sogar Arbeiter in deren Wohnungen auf, suchen sie von den Versammlungen zurück-

zuhalten, führen Listen der Organisierten und leisten der Diktation sonst noch allerlei Unbesonnenheiten. Es wird aber alles umsonst sein.

Köln a. Rh. Erfreulichweise zeigt sich auch in unserer Branche das gewerkschaftliche Leben reger denn je. Die Filiale hat einen ansehnlichen Aufschwung genommen. In der Kölnner Baumwollspinnerei haben die Arbeiter Forderungen eingereicht, ohne daß es bis jetzt zur Verständigung gekommen ist. Hoffentlich besinnt sich die Diktation und läßt es nicht zum äußersten kommen. Dem Personal der Firma Schmidt sind infolge unserer Schilderung der dortigen Zustände im Fachblatt und in der „Rheinischen Zeitung“ auch verschiedene Zugeständnisse gemacht worden. Den Näherinnen wurden 10—60 Pf. pro Tag und den Arbeitern bis 2 Mk. an Lohnzulage pro Woche gewährt. Auch die Umgangsformen des Meisters Dunkel sollen besser geworden sein. Auch in sanitärer Hinsicht sind hier Verbesserungen eingetreten, wenn auch noch nicht alle Uebel beseitigt wurden. Auch in der Spinnerei Waishaus sind einige Verbesserungen durchgeführt worden; auf langsamem Stühlen wurde eine kleine Lohnaufbesserung gewährt, neue Aborte wurden errichtet. Die Spinnerei hat neues Meister- und Arbeiterpersonal erhalten. Der Betriebsmeister sucht den Staub dieser Firma von seinen Schulden abzuschütteln, da ihm gesagt wurde, daß die in unseren Forderungen befindlichen Briefe und Karten in Flugblattform der Öffentlichkeit übergeben werden sollen. Aber nicht nur in Bezug auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sucht die hiesige Filiale ihren Mitgliedern gerecht zu werden. Zur Hebung der Bildung unterhält sie eine reichhaltige Bibliothek. Die Sektion Säck hat in ihrer letzten Versammlung eine Beschwerdekommision gewählt, die hoffentlich dazu beitragen wird, die Organisation zu heben.

Krefeld. Eine Mitgliederversammlung der Filiale fand am Sonntag den 10. Juni im Illenbachschen Lokale statt. Zum 1. Punkt „Gewerbeamtswahl“ referierte unser Geschäftsführer Kollege Aug. v. d. Berg. Er führte den Anwesenden die Entstehung und Bedeutung der Gewerbeämter vor Augen, zergliederte eingehend die verschiedenen Proportionalwahlssysteme, dabei anerkennend, daß das hier angewandte als das beste aller Proportionalssysteme zu bezeichnen sei. Die Hauptsache sei, daß die Wahlzettel so abgegeben werden, wie das Gewerkschaftsamt dieselben ausgibt. Namen dürfen unbedingt nicht gestrichen werden, weil dies nur zur Zerpflünderung der Stimmen führt, was unsern Gegnern bloß nutzbringend ist. Alle Diskussionsredner schlossen sich diesen Ausführungen an und betonten, daß jedes Mitglied der Versammlung habe, ganz energisch für die Wahl unserer Kandidaten einzutreten. Zu Punkt 2: „Bewegung am Ort“, wurde hervorgehoben, daß die Arbeiterschaft fast der ganzen Welt um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft, nur die Krefelder Arbeiterschaft sei in einen magnetischen Schlaf versunken. Hin und wieder spüre man wohl einige Zuckungen, aber sonst nichts. Momentan siehe die Samtweberbewegung am Ort im Vordergrund; wenn diese im Sande verlesse, wie die Färber- und Stoffweberbewegung, dann wären die Arbeiter wert, daß sie noch mehr wie bisher ausgedeutet würden. Alle Diskussionsredner waren der Ansicht, daß jetzt die beste und glücklichsame Zeit für eine Bewegung sei; einzig und geschlossen müsse die Arbeiterschaft vorgehen, dann sei der Erfolg sicher. Unter „Verschiedenes“ wurde das letzte Bezirksmännerversammlungs, das sehr im argen liegt, besprochen. Zum Schluß wurden die Kollegen Sparren, von Anechten und Mond als Bibliotheks-Kommission für die Zentral-Bibliothek gewählt.

Landeshut i. Schl. Die Vertikung, die der Inhaber von hiesigen Textilarbeitervereinen an unser Fachorgan einsandten, ist mehr als sonderbar. Sie ist aber erklärlich aus der Erregung, in welche diese Herren geraten sind, weil ihnen nicht mehr so viele Arbeiter zugelaufen kamen, wie das früher der Fall war. Selten wird ein Ort so viel als Durchgangsstation benutzt, ganz besonders unter überreichlichen Kollegen, trotzdem hat Landeshut stetig unter Arbeitermangel gelitten. Und was derselbe in einer Zeit rapiden Aufschwungs bedeutet, das kann allerdings niemand besser ermessen, als die Herren Arbeitgeber. Man vergleiche nur einmal die laufenden Ueberfluten im „Reichs-Arbeitsblatt“ über die Markt- und Wirtschaftslage im Textilgewerbe; da kehrt in den Berichten von Landeshut stereotyp die Mitteilung wieder, daß der chronische Arbeitermangel andauere. Deshalb der Jörn, und wutentbrannt setzte man sich hin und dekretierte: In Landeshut bestehen keine Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern, sondern es herrscht schönste Harmonie. Gemach, ihr Herron Textilarbeiter! Nicht, wie die Lage von euch, sondern, wie sie von den Arbeitern ausgeht, wird, ist für uns maßgebend. Mag sein, daß gegenwärtig nicht offener Kampf besteht, vielmehr ist der hiesige Zustand mit einer schleichenden Krise zu vergleichen. Längst ist nicht alles das erledigt, was den Arbeitern am Herzen liegt. Waren doch noch unlängst verstoßene Wünsche aufgetaucht, so z. B. der, daß man den Arbeitern die Möglichkeit gewähren sollte, den Frühstücksstafee anwärmen zu können. In jedem anderen Orte hätte man ein solches Verlangen längst erfüllt. Anders bei uns. Als diese Forderung bei der Leitung des in Betracht kommenden Betriebes eingereicht wurde, erklärte man in brüstem Tone, daß von der Leitung der Organisation derartige Schreiben nicht mehr angenommen werden würden. Auch der Umstand, daß nach dem 15. September die Arbeitszeit neu festzusetzen sei, macht die Arbeiterschaft misstrauisch, und nach früheren Erfahrungen durchaus mit Recht. Wir wünschen nicht, daß insbesondere die Krefelder Kollegen sich schweren Schicksalungen aussetzen. Daß sie bei den Unternehmern als Lohnrücklagen gesehen sind, ist selbstverständlich; aber in demselben Augenblick, wo sie sich für unsere Sache ernsthaft betätigen, laufen sie Gefahr, ausgewiesen zu werden. Das ist in der letzten Zeit in zwei Fällen geschehen, wovon wir den einen bereits an dieser Stelle behandelt haben. Daran tragen die Unternehmer zweifellos einen Teil der Schuld, wenn sie nicht gar, wie das verschiedentlich geglaubt wird, die unmittelbaren Urheber dieser borussischen Postskarten sind. Der nachstehende Beschluß, der einem ausgewiesenen Kollegen zugeht, als er den überreichlichen Konsul ersucht hatte, sich für ihn zu verwenden, zeigt nur zu deutlich, wohin der Kurs geht. Wir lassen das für hier folgen; die Offenheit der Sprache zeigt besser denn alles Gerede, wie es um die Sicherheit ausländischer Kollegen bestellt ist:

A. u. L. -K. -ung.

Konkordat Breslau.

Nr. 2590.

Breslau, den 23. Mai 1906.
In Erledigung Ihres Ansuchens um Verwendung bei der Igl. preuß. Regierung um Zurücknahme Ihrer Ausweisung wird Ihnen mitgeteilt, daß diese Behörde ablehnt, Ihre Verwendung zurückzuziehen und schwerwiegende Gründe hierfür ins Feld führt.

Sie sollen sich in letzter Zeit in Textilarbeiterversammlungen durch agitatorisches Auftreten vielfach bemerkbar gemacht, sich öffentlich über die sachliche Gesetzmäßigkeit abfällig geäußert, sozialdemokratischen Bewegungen Vorschub geleistet haben usw.

Unter diesen Umständen bin ich nicht in der Lage, Ihr Ansuchen weiter zu unterstützen und wären auch weitere Schritte bei höheren Instanzen vergeblich.

Der I. u. L. Konsul (Unterschrift unleserlich.)
Und angehängt dessen hat man sogar gewagt, die über-

religiöse Parteipresse in Anspruch zu nehmen und in ihr Interesse zwecks Parteizwecken loszulassen. Das ist jedenfalls ziemlich der Gipfel der Dreifaltigkeit. Nein, wie diese edlen Leute glauben machen wollen, liegt die Sache nicht; es schwimmt nicht alles in Harmonie. Im Gegenteil: der Textilarbeiterverband wird in nächster Zeit erneut an die Türe der Paläste klopfen und versuchen, die vorhin geschilderten eingeleiteten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Man tue doch auch nicht so, als ob der ewige Mangel an Arbeitskräften einem Zufall geschuldet sei. Nein, er ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Löhne so miserabel sind und daher diejenigen Arbeiter, die es irgend vermögen, sich anderwärts besserlohnende Arbeit suchen und in den meisten Fällen auch finden. Nach all dem Geschilderten können wir den Arbeitern nur dringend raten, Landeshut auch in Zukunft zu meiden. Ganz besonders aber seien die ausländischen Arbeiter gewarnt. Wer von denselben nicht den Vorwurf des Verrats auf sich nehmen will, findet unter den geschilderten Umständen hier keine bleibende Stätte. Und die hiesigen Kollegen seien jederzeit auf dem Posten, um der Aufgabe, die sie sich gestellt haben, jederzeit gewachsen zu sein.

Lobberich. Die Kollegen von auswärts, die unsere Arztes besuchen, machen wir ganz besonders auf unter Verbandskollekt Ronrad Goossens, aufmerksam. Auf dieses weisen wir auch die Kollegen und Genossen hin, die Ausflüge zum Bressler See unternehmen, denn die großen, schattigen Gartenanlagen bieten jedem angenehmen Aufenthalt. Den Kollegen und Genossen des Kreis Kompen möchten wir es aber ganz besonders zur Pflicht machen, uns in der Erhaltung unseres einzigen großen Lokals im Kreise durch Ästere Ausflüge behilflich zu sein.

Mürnberg. Nachdem infolge Teilnahme an der Maifeier 9 Arbeiter der Firma J. C. Rau, hier, gemahregelt worden waren, trotzdem hier bei patriotischen Gelegenheiten oft die regelmäßige Arbeit unterbrochen wird, wurde am 11. Juni ein Arbeiter nebst seiner Frau ohne schicklichen Grund entlassen. Möglich, daß dies die Folge davon ist, daß dort ein gewisser Rudolf Musik aus Preshburg, ungarisches Buch Nr. 4330, trotz aller Abmahnungen nach Empfangnahme von 5 Mark Reiseunterstützung bei unserem Kassierer Kaffka Arbeit nahm. Wir machen den ungarischen Verband auf dieses wüthige Mitglied aufmerksam. — Ein anderer Mann in dem Betriebe sucht in Verhöhnung seiner und seiner Mitarbeiter Interessenten für den Betrieb auswärts zu gewinnen und hat selber damit schon Erfolg gehabt. Ueber alle Freiwiler wird demnächst in einer öffentlichen Versammlung Bericht gehalten werden.

Delantz i. B. Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung fand am Donnerstag den 14. Juni im „Norddeutschen Hof“ statt. Kollege Dreßel aus Greiz referierte über „Die Verletzung der Arbeitszeit, mit Berücksichtigung der Krankheitsfälle in der Textilindustrie.“ In der Diskussion wurden hauptsächlich die hiesigen Verhältnisse besprochen. Es wurde berichtet, daß die Orts- und Betriebskrankenkassen in ihren letzten Abschüssen eine Zunahme von Sterbefällen verzeichnet haben. Bei der Ortskrankenkasse erkrankten die verstorbenen Mitglieder im Durchschnitt ein Alter von 45,7 Jahren; Kollege Carbt wies darauf hin, daß die Lebensmittelpreiserhöhung der Erhöhung des Krankheitsstandes mit beiträgt. Er wolle den Rückgang des Fleischverbrauchs an amtlichen Zahlen nachweisen, wurde aber vom Ueberwachenden daran gehindert, weil es nicht zur Sache gehöre. (Gelegentlich werden später den Lesern diese Zahlen übermittelt werden. D. B.) Dieser Eingriff des Ueberwachenden hat bei allen Anwesenden Empörung hervorgerufen. Der Vorsitzende, Kollege Schindler, sowie der Referent beklagten in ihren Schlussworten den Anschluß an die Organisation.

Rhenid. Laut Inserat in der „Rhenider Zeitung“ vom 9. Juni sucht die Firma Gebr. Erkens, Königsstraße hier, Färber. Bei betreffender Firma haben die Arbeiter vor einiger Zeit gestreikt. Es sind seit Beendigung des Streiks bereits vier Wochen verlossen, aber immer sind noch verschiedene Färber arbeitslos, nicht weil es hier in Rhenid keine Arbeit gibt, sondern weil man diese Leute augenscheinlich in Verzug erklärt hat. Auch von genannter Firma ist noch ein Kollege ohne Arbeit. Derselbe hat 18 Jahre in dem Betriebe gearbeitet. Aber das kümmerst die christlichen Herren Erkens nicht. Die Arbeiter wollten ihre erbärmliche Lage verbessern, und dies mußte geschehen werden. Sagte doch vor kurzem Herr Erkens noch zu einem Arbeiter, welcher auch mitgestreikt hat, aber wieder dort in Arbeit war: „Jetzt sind wir Meister, und Sie haben zu tun, was wir sagen.“ — Das Schönste aber ist, daß gerade diese Herren respektive ihre Frauen so viel in christlicher Wohltätigkeit machen. Durch diese freiwillige Wohltätigkeit wird das Abhängigkeitsgefühl so schön erhalten, und wenn mal ein solcher Arbeiter aufmuckt, dann wird ihm auch noch Unanständigkeit vorgeworfen. Wir wollen keine Wohlthaten, sondern das, was uns zu einem anständigen menschenwürdigen Dasein not tut, und das ist: für unsere Arbeit einen ordentlichen Lohn. Und denjenigen, der 22 Mk. für zu viel und 10 Stunden Arbeit für zu wenig hält, dem muß man jedes sozialpolitische Verständnis absprechen. Deshalb, ihr Arbeiter in den Färberbetrieben, sorgt dafür, daß auch der letzte von euch der Organisation beigetreten wird, damit wir mit diesen Wochen einmal reinen Tisch machen können.

Roth. Nachdem im vorigen Jahre bei der Firma A. Zint, Filzfabrik, der Streik um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen verloren ging, war die Lohnbewegung in diesem Jahre eine sehr erfolgreiche zu nennen. Die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich eine gute Organisation geschaffen und die Wichtigkeit der Arbeiter war ganz anders als zuvor, da fast alle organisiert waren, bis auf einzelne, die sich überhaupt nicht organisieren lassen, aber die Vorteile einer Lohnbewegung doch für sich beanspruchen, ohne dabei einestücker gerührt zu haben. Als man nun vor kurzem seitens des Verbandsvertreter von neuem Forderungen bei der Firma einbrachte, da wollte die Firma sofort mit den Vertretern der Organisation und der gewählten Kommission des Betriebes verhandeln. Man hatte es sogar sehr eilig. Die erste Sitzung brachte nicht für die Arbeiter das gewünschte Resultat, aber in der zweiten Sitzung wurde folgender Tarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen festgelegt, welcher auch in einer Fabrikversammlung angenommen wurde:

Tarifvertrag.

Auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens zwischen der Firma Alex. Zint, Filzfabrik in Roth, und ihren Arbeitern ist heute folgender, auf zwei Jahre geltender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

1. Der Mindestlohn für ungelernete, neugetretene männliche Arbeiter beträgt 15 Mark; nach einem halben Jahre 16 Mark, nach einem Jahre 17 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 18 Mark, nach einem weiteren Jahre 19 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 20 Mark, nach einem weiteren Jahre 21 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 22 Mark, nach einem weiteren Jahre 23 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 24 Mark, nach einem weiteren Jahre 25 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 26 Mark, nach einem weiteren Jahre 27 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 28 Mark, nach einem weiteren Jahre 29 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 30 Mark, nach einem weiteren Jahre 31 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 32 Mark, nach einem weiteren Jahre 33 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 34 Mark, nach einem weiteren Jahre 35 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 36 Mark, nach einem weiteren Jahre 37 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 38 Mark, nach einem weiteren Jahre 39 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 40 Mark, nach einem weiteren Jahre 41 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 42 Mark, nach einem weiteren Jahre 43 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 44 Mark, nach einem weiteren Jahre 45 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 46 Mark, nach einem weiteren Jahre 47 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 48 Mark, nach einem weiteren Jahre 49 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 50 Mark, nach einem weiteren Jahre 51 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 52 Mark, nach einem weiteren Jahre 53 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 54 Mark, nach einem weiteren Jahre 55 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 56 Mark, nach einem weiteren Jahre 57 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 58 Mark, nach einem weiteren Jahre 59 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 60 Mark, nach einem weiteren Jahre 61 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 62 Mark, nach einem weiteren Jahre 63 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 64 Mark, nach einem weiteren Jahre 65 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 66 Mark, nach einem weiteren Jahre 67 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 68 Mark, nach einem weiteren Jahre 69 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 70 Mark, nach einem weiteren Jahre 71 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 72 Mark, nach einem weiteren Jahre 73 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 74 Mark, nach einem weiteren Jahre 75 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 76 Mark, nach einem weiteren Jahre 77 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 78 Mark, nach einem weiteren Jahre 79 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 80 Mark, nach einem weiteren Jahre 81 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 82 Mark, nach einem weiteren Jahre 83 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 84 Mark, nach einem weiteren Jahre 85 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 86 Mark, nach einem weiteren Jahre 87 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 88 Mark, nach einem weiteren Jahre 89 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 90 Mark, nach einem weiteren Jahre 91 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 92 Mark, nach einem weiteren Jahre 93 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 94 Mark, nach einem weiteren Jahre 95 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 96 Mark, nach einem weiteren Jahre 97 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 98 Mark, nach einem weiteren Jahre 99 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 100 Mark.

2. Die Filzmacher beträgt der Lohn: 1. Partie 25 Mark, 2. Partie 24 Mark, 3. und 4. Partie ab letzte Erhöhung nach einem halben Jahre 1 Mark, nach einem weiteren halben Jahre wieder 1 Mark bis zum Höchstlohn; 5. Partie 23 Mark, 6. Partie

22,50 Mark, die 5. und 6. Partie 18 Mark Anfangslohn, steigend aller halben Jahre um 1 Mark bis zu 20 Mk.

Die Filzer erhalten von der letzten Lohnerhöhung nach einem halben Jahre 1 Mark Zulage, steigend aller halben Jahre um 1 Mark bis zu 18 Mark.

Für weibliche Arbeiter beträgt der Mindestlohn 10,20 Mark, nach einem halben Jahre 10,50 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 10,80 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 11,10 Mark. In der 1. und 2. Partie beträgt der Lohn 12 Mark.

2. Ueberstunden sind mit 10 Pf. höheren Lohnsätzen zu zahlen, als die gewöhnlichen Arbeitsstunden.

3. Die Stillzahl der zu leistenden Fäße wird in der jetzt üblichen Weise als Höchstleistung aufgestellt, und zwar wie folgt:

7 Pfund 108 Stüd Sohlen R und H	1 Pfund 200 Stüd R und H
120	200
132	250
156	275
168	275
180	275
210	275

4. Strafen sind nur zulässig, wenn nachgewiesen wird, daß der Arbeiter die Schuld am Mißlingen der Arbeit trägt.

5. Den sanitären Verhältnissen muß die größte Sorgfalt zugewiesen werden; ganz besonders ist darauf zu achten, daß die Ventilatoren stets im Gange gehalten werden.

6. Bei schlechtem Geschäftsgange werden die zuletzt eingestellten Filzmacher, wenn eine Partie entgegen muß, möglichst mit anderen Arbeiten beschäftigt zu entsprechenden Löhnen.

7. Die Arbeitszeit beträgt bei Vollbetrieb 10 1/2 Stunden, und zwar vom 1. April bis 31. Oktober von früh 6 bis abends 6 1/2 Uhr, mit je einer halbstündigen Frühstückspause und Besperpause und einständiger Mittagspause, vom 1. November bis 31. März von früh 7 bis abends 7 Uhr mit je einer viertelständigen Frühstückspause und Besperpause und ebenfalls einständiger Mittagspause.

8. Während der Winterszeit müssen die Arbeiterräume so durchwärmt sein, daß die Arbeiter unbehindert ihrer Arbeit vorstehen können.

9. Die Lohnzahlung hat jeden Samstag stattzufinden, und zwar für die Arbeiterinnen um 5 Uhr und für die männlichen Arbeiter um 6 Uhr.

10. Die Kündigung ist gegenseitig ausgeschlossen. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf keine Entlassung stattfinden.

11. Die vorstehenden Bestimmungen treten sofort nach Unterzeichnung in Kraft. Beide Teile verpflichten sich, innerhalb der festgesetzten Zeit von zwei Jahren keinerlei Änderungen zu beantragen oder vornehmen zu wollen.

Die Vereinbarungen bestehen auch nach Ablauf dieser Zeit, jeweils auf ein weiteres Jahr zu Recht, wenn nicht sechs Wochen vorher die Aufkündigung seitens einer der vertragschließenden Parteien erfolgt.

Roth-Mürnberg, den 14. Mai 1908.

Für den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter:

B. Brüggemann.

Für den Verband der Stuhlarbeiter (S.-D.):

geh. D. Hilbmann.

Der Betriebsunternehmer: gez. A. Zint

Nun, wie der Tarif zeigt, können wir mit dem Ertrugenen zufrieden sein. Wo hat man in der Textilindustrie Minimallohn für Frauen und Männer? Hier wurden die Vertreter der Organisation zugelassen; man verhandelte mit ihnen, was andere Textilfabrikanten als etwas ganz Unmögliches betrachteten. Hier ging. Was sagen die Textilgewerkschaften Sachsen dazu? Bei der Bewegung kommen gut 80 Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt in Frage, 14 S.-D. und 10 bis 12 Unorganisierte, die anderen waren Mitglieder unseres Verbandes. Hier hat der Vertreter der S.-D. gehandelt, wie es sein mußte; möge es auch in Zukunft so bleiben. Aber die in Filzfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mögen daran denken, wie traurig ihre Lage ist und wodurch sie nur verbessert werden kann. Organisiert euch, schließt euch zusammen! Hinein in den Textilarbeiterverband!

B. Brüggemann.

St. Toms. Wer den Artikel in Nr. 132 des „Niederholländischen Tageblattes“, natürlich Zentralorgan, liest, wird wohl am Schluß sagen können: Von alledem wird mir so bumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum. Die ganze erste Hälfte des langen Geschreibels können wir übergehen. Ganz nativ sagt man nach dem Namen jenes Mannes, der bekanntlich den Auspruch getan hat: „Sie üben wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ und vermuten dahinter einen Taufschmied, ja dieser Mann war, wenn sie's wissen wollen, Herr Dr. Stgl. Gemeint hat er mit den Worten die kleine Zentralpresse. Uebrigens steht Herr Dr. Stgl mit seiner Meinung nicht vereinzelt, Dr. Wadern in Köln hat sich in ähnlicher Weise geäußert. Alsdann wird unser Kollege Tihen zitiert. Nun, darüber mögen die Herren beruhigt sein, wie der Kollege Tihen über ihre „Taten“ denkt, ist lediglich dessen Privatfache und haben wir bis dahin auch noch nicht einmal den Versuch gemacht, diesen zu beklaffen. Weiter fragt man: „Nicht wahr, Herr St., wenn die Massen verelenden, dann blüht Ihr Weizen?“ Ja, glaubt denn der Artikelschreiber im „N. T.“ wirklich daran, daß, wenn wir an diesem oder jenem nicht gesellschaftlichen Feiertage arbeiten, die Masse verelenden muß? Dann heißt es im „N. T.“ wörtlich: „Außerdem wird der Lohnausfall von zwei Tagen in einer Woche in manchen Arbeiterfamilien schwer empfunden.“ Hier sind wir also einer Meinung, Begriffe derjenige, der solches im „N. T.“ schreibt, nicht, daß er mit diesen einfachen Worten sich selbst ins Gesicht schlägt, daß er hier in eine Zwidmühle geraten ist? Dann heißt es ferner: „Neuerdings gehen sie mit Disten haufen, und sich für die Abschaffung christlicher Feiertage eine Mehrheit zu sichern. Einzelne Arbeiter wurden dabei so lange drangsaliert, bis sie ihren Namen hergaben.“ Wenn der Artikelschreiber uns die Namen der angeblich Drangsalierten nicht nennt, müssen wir ihn für einen ganz gewöhnlichen Vagner halten. Dann tut man furchtbar verwundert darüber, daß Genosse Kühnen in der „Tribüne“ schreibt: „Wenn man dann noch speziell mit mir ein Wort zu sprechen wünscht in der Sache, so stehe ich jederzeit zur Verfügung, nur dem Vorstehenden der christlichen Textilarbeiter-Initiale, Herrn Arnold Dammann, nicht. Mit diesem Herrn wünsche ich, seiner Vergangenheit wegen, möglichst wenig in Berührung zu kommen.“ Hierzu heißt es im „N. T.“ wörtlich: „Es zeigt sich hier, daß Herr A. einen gewaltigen Respekt vor Herrn Dammann hat.“ — So scheint, der Schreiber im „N. T.“ ist nicht mit gesundem Verstand bei seiner „Arbeit“ gewesen, sonst würde er auch gefühlt haben, daß das Wörtchen Respekt in dieser Anwendung sehr komische Schlüsse zuläßt. Und nun soll Genosse A. auch noch angeblich mit seinen eigenen Worten geschlagen werden, großartig heißt es: „Und wissen Sie auch, daß Sie noch am 10. Mai Dammann gegenüber erklärten, er wolle zu jeder Zeit bei Ihnen vorprechen?“ Eine Lüge mehr oder weniger, so muß derjenige gedacht haben, der sich obige Behauptung leistete, denn man höre, nach dem 3. Mai hatte Kollege A. weder das „Vergnügen“, Dammann zu sehen, noch zu sprechen. Die Sache ist einfach die, am Abend des 3. Mai, gegen 10 Uhr kam der Wirt, Herr W. v. Daag, in die Wohnung

des Kollegen A. und erklärte, Dammann sähe in seiner Werkstatt und wüthete ihn zu sprechen, darauf gab Kollege A. die folgende Antwort: „Gut, wünscht Dammann mich zu sprechen, mag er sich nur hierher bemühen, meine Tür steht für jedermann offen, nachher tue ich Dammann nicht.“ Auch verfuhr er mit ihm noch vergeblich, die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes vor ihrem Vorstand grüßlich zu machen. Wir verzeihen es wüthete die armen Leuten. — Dammann nicht wüthete, daß sie in letzter Zeit eine ganze Anzahl Mitglieder verloren haben, zählt doch unsere Initiale nahezu 50 Mitglieder. Ein einzelnes Gesicht muß einen befehlehen, wenn man sieht, wie der Schreiber im „N. T.“ dann am Schluß noch in einer regelrechten Selbstherrlichkeit sich produziert. Wörtlich heißt es, „Dammann sei bei uns so verhaßt, weil er einer von denen ist, die die innerste Ueberzeugung voll und ganz zum Ausdruck bringen.“ — Wir empfehlen hier folgenden Zusatz: „Und wenn ihr dies nicht mündlich möglich ist, mit Hilfe eines harten Instrumentes.“ Und nun, ihr Herren, Gott beschütze! Wir haben Genosse zu tun, als uns mit euch in Ewigkeit auseinanderzusetzen. Mühe und Verdacht nur lustig drauflos, ihr grabt euch euer Grab! — Zeit wird kommen, wo eure eigenen Mitglieder sich mit Eifer von euch wenden!

Der Vorstand der Initiale St. Toms des Deutschen Textilarbeiterverbandes. A. A. v. Kühnen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Differenzen in der Spinnbranche bei der Firma Vanmann & Hellwig in Zwilkau sind beigelegt, da die Firma die gestellte Forderung bewilligte. Die Kündigung, welche am 16. Juni von sämtlichen Spinnweben eingeleitet war, wurde darauf zurückgezogen.

In der hannoverschen Baumwollspinnerei und Weberei leiten die Spinner und Spinnerinnen am Sonnabend voriger Woche wegen Lohn Differenzen die Arbeit nieder. Andere Arbeiterkategorien wurden seitens der Direktion ausgeperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Köppinger Textilarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten, was bereits in einem Geschäfte zur Kündigung geführt hat. Zugang ist zu unterlassen.

Der Streik der Druckerinnen in der Leppischfabrik von Baureuther u. Co. in Hof i. B. dauert immer noch fort. Die letzten Verhandlungen mit der Direktion ergaben, daß man den Arbeiterinnen eine kleine Lohnerhöhung zusagerte und die Prämie abschaffte. Dadurch wurden einige wankelmütig und glaubten, jedes Solidaritätsgefühls bar, nun zur Fabrik laufen zu müssen. Dadurch wurde auch die ganze Situation eine andere; die Direktion glaubte, wenn sie für diese Kategorie etwas bewilligte, würden die anderen dann in hiesigen Scharen ebenfalls um ihre Plätze wieder zurückkehren. Doch die ohne eine namhafte Erhöhung ihrer Löhne gebliebenen Druckerinnen, Einseherinnen usw. standen einiger als zuvor zusammen, damit auch für sie die wüthige Forderung bewilligt werde. Eine Versammlung am Freitag beschloß, daß die Arbeiterinnen die Arbeit am Sonnabend wieder aufnehmen können, da sie den Druckerinnen gar keinen Schaden machen, im Gegenteil muß die Direktion wohl eher bewilligen, da sie ja keine Stränge gedruckt erhält und der Vorrat beiseiten aufgebraucht ist. Ueber 50 Prozent aller Druckerinnen — die anderen sind Lehrlinge und einige Arbeitswillige, die das Kraut nicht fett machen — werden den Kampf weiterführen; ist doch gerade ihr Beruf der schlechteste in dieser Fabrik und stehen die Löhne in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen. Löhne von 18 Mark bis 26 Mark sind für dieselben gar keine Seltenheit, nur etliche kommen ab und zu in die Lage, etwas mehr zu verdienen. Dazu kommt noch eine Prämie, die die Arbeiterinnen selbst antreibt, tüchtig zu schaffen, um dann beim geringsten Fehler exemplarisch bestraft zu werden. Die Behandlung durch die Meister läßt sehr viel zu wünschen übrig; oft gab es für geringe Vergehen Prügel. Der Kampf wird weitergeführt. Auch die unermüdliche Polizei darf bei diesem Kampfe nicht fehlen. Wehe dem Streikposten, der eine Arbeitswillige anhält! Flugs ist der Sünder notiert. Andererseits läßt man die Meister ruhig gewähren, wenn sie ihre Arbeitswilligen wie die Schafe in die Fabrik führen. Zugang von Druckerinnen, Strangspulerinnen und Einseherinnen muß streng unterbleiben.

Einen erfreulichen Wirkungserfolg erzielten die Arbeiter der Spinnerei Neuhoß bei Hof i. B. Dort legten am Donnerstag den 11. Juni, vormittags, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Entlassung einer Arbeiterin die Arbeit nieder. Nach Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion wurde die Entlassung zurückgezogen. Dagegen wurde auch dem Arbeiterausschuß die Erklärung abgegeben, den Zecheinhaltsunterschied ab 1. Januar 1907 einzuführen und verschiedene Verbesserungen der Löhne einzutreten zu lassen. Es sind bereits bei der letzten Lohnzahlung diese Verbesserungen berücksichtigt worden, allein dieselben waren so gering, daß sie kaum 10 Pf. in 14 Tagen ausmachen. Damit können und wollen die Arbeiter nicht zufrieden sein, es gilt nun, die Organisation zu härten, um bei gegebener Zeit auch für die Spinnerinnen bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Hofer Spinnereien sind so schlecht, daß in allen Mangel an Arbeitern besteht. So muß es auch kommen, denn lange genug haben sich die Spinner und Hilfsarbeiter geduldi ausbeuten lassen. Erstreckt man sich kommen dieselben jetzt zur Organisation, um ihre Lebenslage zu verbessern.

Zum Textilarbeiterstreik in Braunschweig ist zu melden, daß der Streik und der Kampf dort dausert. Im Laufe der verfloßenen Woche fanden Verhandlungen statt. Die Firmeninhaber J. B. Sanders und Gebrüder Sanders hatten den Herrn Landrat des Kreises ersucht, vermittelnd einzutreten. Für beide Firmen fanden die Verhandlungen mit dem Herrn Landrat statt, die aber von sehr geringem Erfolge waren. Für das Gros der Streikenden, die Weber und Weberinnen, ist A. A. noch nicht einmal ganz eine durchschnitliche dreiprozentige Lohnerhöhung bewilligt. Daß aber eine dreiprozentige Lohnerhöhung für die Streikenden der Firma Gebrüder und J. B. Sanders u. Söhne nicht geeignet ist, nach ihmöhligen Kampfe einen Frieden herbeizuführen, sollte selbst den beiden Firmeninhabern einleuchten.

Zum Hürberstreik in Oberfeld. Die dortigen Hürbergehilfen stehen nun schon die vierte Woche im Kampfe mit den Unternehmern. Sie hatten folgende Forderungen aufgestellt: Im ersten Jahre nach der Lehrzeit 21 Mk., im zweiten 22 und im dritten Jahre 24 Mk. Für die erste Ueberstunde 50 Pf. und für die zweite 60 Pf. Samstags und die Tage vor den gesetzlichen Feiertagen sollte die Arbeitszeit 9 Stunden betragen und an diesen Tagen keine Ueberstunden gemacht werden. Diese Forderungen, die so minimaler Natur sind, daß es eigentlich für die hiesigen Verhältnisse keine Forderungen sind, sind von den Unternehmern trotzdem, was höflich, aber doch entschieden abgelehnt worden. Sie behaupten, nicht mehr bezahlen zu können, und doch wird in dem benachbarten Honsdorf ein Minikolohn von 22 Mk. bezahlt, ohne Abzug für Kranken- und Invaliden-

Kasse. Hier spielt auch das Alter keine Rolle; der 17-jährige bekommt denselben Minimallohn wie der 30-jährige, muß er doch auch dieselbe Arbeit verrichten. Ganz anders in der Großstadt Elberfeld. Dort bekommt der 18-jährige 18 Mk., der 20-jährige 20 Mk. und der 21-jährige 21 Mk. Ist er dann als 21-jähriger ein Vierteljahr in demselben Betrieb, dann können ihm 22 Mk. gewährt werden; selbstverständlich muß er davon die Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse bezahlen. Man sollte doch meinen, was den Konsortien-Färbergehilfen möglich wäre, müßte auch denen von Elberfeld nicht unmöglich sein. Jetzt suchen dieselben mit allen Mitteln Arbeitswillige heranzuführen. Trotzdem sie denselben hohe Löhne versprochen haben, trotzdem es ihnen manch schönes Stück Geld kostet, ist der Erfolg bis jetzt ein negativer. Die Unternehmer, die sonst so kühl und ruhig kalkulieren, scheinen ihre ganze Rechenkunst verpfeifen zu haben, sonst hätten sie schon längst einsehen müssen, daß hier ein ehrlicher Friede möglich ist und für sie auch lohnender wäre. Aber nein, nur ja nicht den Färbergehilfen Zugeständnisse machen, nur ja nicht mit den verhassten Arbeiter-Organisationen Tarifverträge abschließen! Die Färbergehilfen werden den Kampf ruhig weiterführen und richten deshalb an sämtliche Kollegen Deutschlands die dringende Bitte, sie darin unterstützen zu wollen, indem sie Elberfeld solange meiden, bis der Friede wieder hergestellt ist.

Lohnbewegung in der Spinnerei von Fröhlich in Langenbielau. Seit Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fröhlich'schen Spinnerei in Langenbielau in der Lohnbewegung. Wie es nun den Anschein hat, glaubt Herr Fröhlich, die Arbeiter einzuschüchtern zu können. Am Montag den 11. Juni suchten die Arbeiter zum wiederholten Male um Verhandlung nach, und der Erfolg war — die Kündigung von zwei Kommissionsmitgliedern, obwohl Herr Fröhlich durch seinen Vertreter erklären ließ, daß während der Lohnbewegung Maßregelungen nicht vorgenommen würden. Sind denn die Wünsche der Arbeiter wirklich so hoch, daß sie nicht erfüllt werden könnten? In welcher bescheidenen Grenzen sich die Forderungen bewegen, zeigt, daß neben der Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden für Arbeiterinnen unter 16 Jahren ein Tagelohn von 1 Mk. 10 Pf., für verheiratete Frauen 1 Mk. 20 Pf. bis 1 Mk. 40 Pf. und für verheiratete Männer ein Wochenlohn von 18 Mk. verlangt wird. Diese beiden Forderungen wurden aber sogar als unverschämte bezeichnet. Auch müßten sich die Arbeiter noch von Seiten eines Meisters tätliche Mißhandlungen gefallen lassen. Die Arbeiter, die jahrelang geduldi geduldi haben, sind nun auf das heftigste empört. Kommt Herr Fröhlich den Arbeitern nicht entgegen, so gibt es einen erbitterten Kampf. Einstimmig wurde denn auch beschlossen, an diesen beiden Forderungen unbedingt festzuhalten, auch wenn es bis zum äußersten, zum Streik, kommen sollte. Die Kollegen allerorts werden ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Zur Textilarbeiterbewegung in Kolmar. Nachdem nun die organisierte Textilarbeiterschaft in Kolmar seit etlichen Wochen sich die Mühe gab, die gegenseitigen Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern auf friedlichem Wege zu schlichten, und noch in letzter Stunde, am vorigen Freitag, den 15. Juni, die Deputation der betreffenden Arbeiter mit der Firma Gensburger in Unterhandlung treten wollte, war es gerade wieder diese Firma, die die Unterhandlung durchaus auf die lange Bank schieben wollte. Die Arbeiterschaft der Firma Gensburger hat nun begriffen, daß auf friedlichem Wege nichts mehr zu erreichen ist. Sämtliche Weber und Weberinnen beschlossen nun, in der am Freitag den 15. Juni tagenden Fabrikbesprechung einstimmig, zu kündigen. Es gilt nun womöglich für die ganze Textilarbeiterschaft Kolmars die geforderte 15prozentige Lohnerhöhung durchzuführen. Mühen nun die Fabrikanten zu all ihren gehobenen Mitteln greifen, so werden wir bewußt sein, um dasjenige zu nichte zu machen, was uns in unserer Lohnbewegung hindern könnte. Die Kolmarer Textilarbeiterschaft wird nicht ruhen und nicht rasten, bis neben dem zehnstündigen Arbeitstag die 15prozentige Lohnerhöhung in den Textilbetrieben Kolmars durchgeführt ist. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zur Zehnstundentagsbewegung in der Königlich-Baumwollspinnerei und Weberei. Sehr lange hat es gedauert, bis endlich den Arbeitern der betreffenden Firma durch das prägnante Verhalten der Direktion die Traurigkeit ihrer Lage voll und ganz zum Bewußtsein kam. Die Maßregelung eines für den Verband tätigen Kollegen war es hauptsächlich, die den Arbeitern die Schlafmütze von den Ohren riß und sie zur Einsicht brachte, sich der Organisation anzuschließen. Dem Bemühen der Mitglieder hat sich der Verband in kurzer Zeit derart gestärkt, daß die Arbeiter mit Forderungen minimaler Natur an die Direktion herantraten. Die Forderungen sind folgende: Zehnstündige Arbeitszeit und dementsprechende Lohnerhöhung; Abschaffung sämtlicher Mißstände, deren es nicht wenige gibt. Die von der Arbeiterschaft gestellten Forderungen wurden nicht bloß abgelehnt, sondern es wurde versucht, Verwickelungen einzuführen, indem die Fabrikleitung den Antrag stellte, die Arbeitszeit früh um eine halbe Stunde zu verkürzen und die Mittagspause von anderthalb auf einundzwanzig Minuten zu reduzieren, ohne der entsprechenden Lohnerhöhung, was einer Verschlechterung gleichkommt. In einer Versammlung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß sämtliche Spinner, deren Hilfsarbeiter nebst Vorwerksarbeiter die Kündigung einzureichen hätten, was auch am Samstag den 16. d. M. pünktlich ausgeführt wurde. Daraufhin äußerte sich die Fabrikleitung, sie müßte, falls die Arbeiter durchaus auf ihren Forderungen beharrten, den Betrieb einstellen. Kurz darauf sandte sie Agenten aus, um Streikbrecher zu werben. Der ganze Coup, den die Direktion auszuführen beabsichtigte, ist nur darauf gerichtet, die Arbeiter von ihrer gerechten Forderung abzuschrecken. Das hatte aber nur zur Folge, daß sich die Arbeiter noch fester zusammenschlossen. Es wird aber noch ein Ausgleich auf gutem Wege erhofft, ehe die Kündigungszeit verstrichen ist, sollte er aber ausbleiben, so ist die Arbeiterschaft bereit, den Kampf bis zum Siege zu führen. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen der Spinnerei- und Webereibranche werden gebeten, sich zu meiden und Zugang fernzuhalten. Außerdem bitten wir die arbeiterfreundlichen Blätter um gest. Abdruck.

Die Spinnerarbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Rosenberger, Wehl u. Nassau in Reichenbach i. Schl. haben folgende Forderungen gestellt:

1. Erhöhung des Lohnes für sämtliche in der Spinnerei beschäftigten Arbeiter um 15 Prozent.
 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit.
- Außerdem wurde gewünscht, daß die Arbeit an der Drosselmaschine wie früher nach Schneller bezahlt werde.
- Die Forderungen sind so minimal und bescheiden, daß sie von den Spinnereibesitzern wohl ohne weiteres bewilligt werden könnten. Doch wird auch hier wohl ein Kampf nicht ausbleiben. Obgleich in sämtlichen Webereien Reichenbachs der Zehnstundentag eingeführt ist, wird in den Spinnereien immer noch 10 $\frac{1}{2}$ und 11 Stunden gearbeitet. Das kommt aber daher, weil es die Spinnerarbeiter bisher nicht für notwendig befanden haben, sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anzuschließen.

Die Arbeiter der Firma Sudauer Flachspinnerei beschloßen folgende Forderungen einzureichen: 1. Arbeitszeit von täglich

10 Stunden. 2. Lohnerhöhung von 5 bis 15 Prozent. Wie gerechtfertigt diese Forderungen, namentlich die letzteren, sind, zeigen die erbärmlichen Löhne für männliche Arbeiter von 1,40 bis 1,75 Mk. pro Tag für eine Arbeitszeit von früh 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bis abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Herr Direktor Siebörger von obengenannter Firma erklärte bei Ueberreichung der Forderungen die nach Verkürzung der Arbeitszeit für eine sehr gesunde, aber die Lohnerhöhung sei allerdings ein etwas „wunder“ Punkt. „Aber“, meinte er weiter, „ich bin ja sonst kein Unmensch, und wir werden schon in allem friedlich fertig werden.“ Es kam aber anders. Am 6. Juni erklärte der Direktor, er lehne alles ab. Und er verhandelte auch nicht. Er erklärte dann durch Anschlag:

„Vor kurzem sind uns Anträge der Deutscher Textilarbeitervereine des Deutschen Textilarbeiterverbandes zugegangen. Wir erklären hiermit unserer Arbeiterschaft, daß wir mit diesem Verbande nichts zu tun haben wollen und uns in irgendwelche Verhandlungen mit demselben niemals einlassen werden. Alle uns zugehenden Zuschriften dieses Verbandes werden wir in Zukunft ignorieren, denn die Bestrebungen dieses Verbandes gehen insofern einseitiger und übertriebener Forderungen nur auf den Ruin unserer Industrie hinaus. (1) Bei dieser Gelegenheit geben wir bekannt, daß wir die Absicht haben, nach Durchführung der Verbesserungen in unserer Spinnerei eine Regelung und teilweise Aufbesserung der Löhne vorzunehmen. (2) Eine zehnstündige Arbeitszeit können wir nicht einführen, bevor nicht dieselbe von allen Spinnereien in Schlesien eingeführt oder vom Staate gewährt wird.“

Sudauer Flachspinnerei G. m. b. H. Joh. Siebörger.

Ganz wie in Sachsen; die Unternehmerorganisation hat nicht die Bewilligung zur Gewährung der Forderungen erteilt. Daher auch der Wandel in den Ansichten des Herrn Direktors über die Forderungen. Die Arbeiter legten am 9. Juni die Arbeit ohne vorausgegangene Kündigung nieder. Am Montag den 11. Juni wurde nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Hübsch in überfüllter Versammlung der Streik proklamiert. Am 12. Juni erklärte die Direktion die Arbeiter nicht wieder aufnehmen würden, falls die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde. Sonntag den 17. Juni, vormittags, während der Arbeitszeit, arbeiteten arbeitswillige Helfer. Dabei fiel dem früheren Verbandsmitglied Vinus Schmidt ein 3-4 Zentner schwerer Ballen Flach auf den Rücken, so daß er sofort zusammenbrach und schwer verletzt nach Hause gebracht wurde. In seinem Aufkommen wird gezwungen. Die Streikenden befinden sich in bester Stimmung und erwarten, daß die Fabrikleitung baldigst nachgeben wird.

Die Zehnstundentagsbewegung in Desterreich zeitigt gute Erfolge. Unser dortiges Bruderorgan meldet: Keine Elftundenarbeit mehr im Kraxauer Bezirk. Ueber Ansuchen der Arbeiterschaft wird in der Appreturanstalt Wlth. Scharjenberg in Oberkraxau ab 1. Juli der Zehnstundentag eingeführt.

Der Zehnstundentag in Klingers Fabriken. Wir erhalten die verbürgte Nachricht, daß der bekannte Großindustrielle Zgnaz Klingler in seinen großen Textilfabriken in Jungbunzlau und Josefsthal mit dem 11. Juni freiwillig den Zehnstundentag eingeführt hat.

Platzlichweberbewegung im Mäher Bezirk. Am 25. Mai haben die Platzlichweber im Mäher Bezirk durch ein von ihnen gewähltes Komitee den Fabrikanten von Mäher und Kobjach einen Lohnvertrag überreichen lassen. Der Streik in Tarnow erfolgreich beendet. Die 20 streikenden Weber in Tarnow in Galizien haben den Streik mit einem Erfolg abgeschlossen. Sie erzielten 7 bis 10prozentige Lohnerhöhung und das Versprechen, daß die Fabrik jede Woche gereinigt werden wird. Daß man wegen der Reinigung der Fabrik noch streiken muß, ist gewiß originell. Der Streik dauerte acht Tage.

Der Streik in der Baumwollspinnerei in Teesdorf hat keine Veränderungen erfahren. Die Fabrikleitung befolgt die komische Taktik, wiederholt einige dem Streikkomitee nicht angehörende Arbeiter rufen zu lassen, um mit ihnen zu unterhandeln. Diese Unterhandlungen bestehen aber lediglich darin, den Gerufenen zuzureden, die Arbeit wieder bedingungslos aufzunehmen. Natürlich fruchtlos!

Den Malern in Gelsenkirchen hat ein großer Teil der Arbeitgeber nachfolgenden Tarif durch Unterschrift zuerkannt: die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Der Minimallohn für 1908 pro Stunde 48 Pf., für 1907 50 Pf. Für Ueberstunden wird 10 Pfennige, für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pfennige Aufschlag gewährt. Für Gerüstbau gibt es 5 Pf. pro Stunde mehr.

Ein fast vollständiger Sieg haben auch die Maler und Läufer Bamberg's nach mehrwöchigem Streik errungen. Die Zugeständnisse bestehen in der Hauptsache darin, daß die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt und ein Minimallohn von 2,70 Mk. pro Tag festgesetzt wird.

Metallarbeiterausperrung in Ober-Schönewalde. Das gesamte Personal der Werke in Ober-Schönewalde in einer Anzahl von circa 1000 ist seit einigen Tagen ausgesperrt worden.

Beendeter Kampf. Der Kampf, den der Zentralverband Deutscher Brauereiarbeiter und das Gewerkschaftsblatt Deberan mit der Kreuzbrauerei Deberan führte, ist nun endlich zu Ende. Die Firma hat die vom Brauereiarbeiterverband gestellten Bedingungen anerkannt.

Der Kampf in der Stahlindustrie ist beendet; nach 15wöchigem Kampfe haben sich die Parteien geeinigt. Es wird noch längere Zeit verstreichen, bis sämtliche Streikende und Aussperrte untergebracht sein werden.

Die Erfolge der Metallarbeiterbewegung sind nicht gering. Die Former haben in allen Bezirken schriftlich formulierte Einigungsverträge, die gewisse Arbeitsbedingungen als allgemeingültig für den Bezirk anerkennen. Darin liegt bereits ein gutes Stück des Wertes von Tarifvereinbarungen, gegen die sich gerade die Großindustriellen der Metallindustrie ablehnend verhielten. Aber auch materiell haben die Arbeiter nicht zu unterlassenden Erfolge errungen. Die Anerkennung des Zehnstundentages wurde allenthalben durchgesetzt, ebenso der 25prozentige Aufschlag für Ueberzeit und 50 Prozent für Sonntagsarbeit. In einzelnen Bezirken wurden den Arbeitern feste Tage- bzw. Stundenlöhne garantiert, in anderen Bezirken Lohnzulagen errungen. Allenthalben wurden auch feste Vereinbarungen über die vorherige Bemessung des Alfordnettes, über Bezahlung des ohne Verschulden des Arbeiters entstandenen Festgusses erreicht. Vereinzelt gelang es, die für Differenzfälle vorgesehenen Schiedsgerichte zur Anerkennung zu bringen. Endlich hat die Bewegung dem Metallarbeiterverband zehntausende neuer Mitglieder gebracht, denen die Generalausperrungspläne der Metallindustriellen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges so eindringlich zu Gemüte führten. Alles in allem kann der Metallarbeiterverband mit dem Ausgange der Bewegung wohlzufrieden sein.

Vor dem Einigungsamt ist durch eine gemeinsame Kom-

mission von Unternehmern und Arbeitern des Töpfergewerbes in Breslau eine Einigung zu Stande gekommen, indem die Arbeiter die ihnen bewilligte Lohnzulage von 17 Prozent angenommen haben.

Die neunstündige Arbeitszeit wird auf den Reichswerften Anfang Juli eingeführt werden.

Der Neunstundentag auf dem Vormarsche in der Schweiz. Die Maler, Gipser und Tapezierer in Zürich haben den Neunstundentag errungen, ebenso ein Teil der Zimmerer, während etwa 100 derselben noch im Kampfe stehen. Weiter haben in Zürich den Neunstundentag die Buchdrucker (in der Grütli-Druckerei die 8 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit), die Anschläger, Steinbauer und Schreiner. Auch in St. Gallen haben dieses Jahr schon die Tapezierer den Neunstundentag errungen. — Nun hat auch die Gotthardbahn den Neunstundentag in ihren Werkstätten eingeführt.

Die Bäder streiken in St. Petersburg. Es wird dort auch ein großer Eisenbahnerstreik erwartet.

Streik in der Ausstellung. Die Arbeiter und Angestellten der Mailänder Ausstellung sind in den Ausstand getreten.

Reisebilder.

VII.

Am andern Morgen war ich wieder auf den Beinen, oder besser gesagt auf der Elektrischen, die mich nach dem Sekundärbahnhof brachte. Von da ging die Fahrt nach dem Vesuv. Bis an des Kraters Rand bin ich nicht hinauf gekommen. Eine schöne Fuhrtour bis etwa zur Hälfte unternahm ich in Gesellschaft einiger deutscher Touristen. Ich bewunderte die reiche Vegetation und auf der anderen Seite das herrliche Panorama von Neapel. Dann wurden die wieder ausgegrabenen Stätten einer verschütteten, längst vergangenen Kulturperiode, Herculanum und Pompeji, aufgesucht. Besonders Pompeji ist äußerst sehenswert. Mit stiller Bewunderung staunte ich die wieder zutage geförderten Bauwerke an, die am 24. August 79 n. Chr. durch einen großen Ausbruch des Vesuvus verschüttet wurden. Pompeji soll zur Zeit seiner Verschüttung gegen 30 000 Einwohner gehabt haben. Die Straßen sind meist sehr eng, werden aber jetzt sehr reinlich gehalten. Viele Häuser haben unten gar keine Fenster, solche sind fast nur in den oberen Stockwerken zu sehen. Einige Häuser zeigen herrliche Gemälde, man findet es ungläubig hart, daß dieselben bald zweitausend Jahre alt sein sollen. Auch die Mosaikarbeiten sind ein Beweis dafür, wie hoch entwickelt die Kunstfertigkeit jener Zeitperiode gewesen ist. Unendliche Schätze sind bereits ans Tageslicht gefördert und immer wird noch weiter gegraben. Pompeji ist eine wahre Goldgrube für die Bevölkerung. Von der Beteselei, wie sie dort betrieben wird, kann man sich anderwärts kaum einen Begriff machen. Man tut gut, genügend Kleingeld in der Seitentasche zu haben. Ohne das übliche Trinkgeld kriegt man verdammt wenig zu sehen. Ueberall werden die Hände ausgehalten. Ehe man durch das Herculaner Tor eintritt, passiert man die berühmte „Gräberstraße“, die viele Monumente aufweist. Von hier aus hat man eine schöne Aussicht über das Meer. Im Innern der Stadt befinden sich eine Anzahl gut erhaltener Tempelbauten, ein paar Theater und am anderen Ende, durch den zum Teil noch verschütteten Stadteil von dem feigegelegten Pompeji getrennt, das große Amphitheater, das gegen 20 000 Besucher fassen konnte. Die meisten der ausgegrabenen Schätze befinden sich im Museum in Neapel. Mit fast wehmütigen Gefühlen wanderte ich nach dem Bahnhofs, mich von meinen Reisebegleitern trennend. Nicht am Bahnhofe, als es mir vor Hitze und Ueberanstrengung einmal um das andere schwarz vor den Augen wurde, kam zu meinem Glück ein Wasserverkäufer mit seinem frischen Naß. Das war ein wahres Labial. Reisekonditionen hatte ich schon am Besue erkunden. Nun galt es, im Hotel bis zur Abfahrt des Zuges einen Imbiß zu nehmen, der natürlich wegen meines schmerzenden Mundes und Schlundes nur aus Suppe, in welche ich etwas Brot einbrote, bestand. Bald kam das Jügel an, und ich dampfte wieder Neapel zu. Gar zu gern hätte ich noch länger verweilt und hätte auch noch den angrenzenden schönen Orten, nebst Castellammare, einen Besuch abgestattet, aber es ging nicht, denn am Abend sollte ich schon auf dem Dampfer „Arlsruhe“ durch das Mittelmeer schwimmen. Die Zeit bis zur Abreise in Neapel füllte ich sehr gut aus.

Endlich! — Es war nachmittags gegen 4 Uhr, als ich mich auf dem Dampfer einschiffte, nahm ich von Neapel Abschied. Es war eine ziemlich weite Strecke, die ich auf dem Boote bis an Bord der „Arlsruhe“ zurücklegen hatte. Ein und eine halbe Dine kostete, ohne das Trinkgeld, das Uebersehen. An Bord angekommen, wurde mir meine Kabine dritter Güte angewiesen. Noch fünf Reisegefährten, die aus Australien kamen, teilten mit mir den Platz. Ein Schwarzer, zwei Engländer und zwei Franzosen, und nun kam ich noch dazu, um die internationale Reisegesellschaft zu vervollständigen. — Bald nach 5 Uhr setzte sich das Schiff in Bewegung. Langsam bewegte es sich in großem Bogen und richtete seinen Vorderbug nach der Ausfahrt zwischen dem „Cap Miseno“ und der Halbinsel „Sorrentino“. Bald schwammen wir auf dem Spiegelblanken Golf von Neapel, inmitten der Zauberbucht. Links erblickten wir die idyllische Insel „Capri“. Immer weiter und weiter entfernte sich Neapel unseren Blicken, bis es endlich aus dem Sehkreise entwand. Noch grüßte im grauen Abenddämmerlich der Vesuv, doch bald war auch er verschwunden. Die Nacht senkte sich mit ihren Schatten auf das Meer. Auf dem Schiffe brannten die elektrischen Lampen und ermöglichten in der lauen Sommernacht noch lange den Verkehr, von dem auch von den Zwischenbediensteten der ausgiebigste Gebrauch gemacht wurde. In der ersten und zweiten Kajüte ging es ebenfalls recht laut her. Die Schiffskapelle spielte ihre lustigen „Wessers“, und ab und zu tauchte ein Schiffsoffizier oder ein „Beysers“ Fahrgast auf, um frische Luft zu schnappen, denn der Wein, der im Salon nicht in zu geringer Quantität getrunken wurde, machte rote Köpfe. Am andern Morgen schlüpfte ich die Schiffsmannschaft zu, daß es sogar „Senge“ zwischen den Vorgesetzten gegeben habe. „Wie kann man vor denen Respekt haben“, sagte ein Schiffsarbeiter zum andern, als er einen „Anschauer“ erhielt.

Es war eine wunderbare Fahrt, nur ganz leichte Wellen, — dunkelblaue gefärbt erschien das Meer —, hatte der Dampfer zu durchstreichen. Schon spät war es, als ich meine Kabine aufsuchte. Zwar hatte ich noch eine angenehme Reisebekanntschaft gemacht. Ein Hamburger Partalgenosse, der seit Anfang der achtziger Jahre in Australien war, aufgewandert und nun wieder nach seiner Vaterstadt zurück wollte, war mit einem Passagier als „Wahnsinniger“ vorgestellt worden. Daß eine lebendige politische Debatte, an der sich auch andere Fahrgäste beteiligten, entstand, läßt sich denken. — Am andern Morgen verließ ich das Schiff, doch mich das Stipendium gekostet hatte. Ich war so unglücklich gewesen und hatte das Kabinenfenster nicht geschlossen, um ja recht viel der reinen, kühnen Mittelmeerluft zu genießen. Ich sagte mir, wer weiß, ob ich noch einmal diesen Genuß haben kann, deshalb nur so viel wie möglich des Guten nehmen; was es sich bietet.